

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 279.

Donnerstag, den 28. November 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Das Orientproblem.

7. Wie die Türkei hanterott wurde!

Die europäische Diplomatie, selbst ein Rattenkönig von Gegenfäden und Eifersüchteleien, war im Orient stets nur den Trennungslinien gefolgt; so ist ein Zustand geschaffen worden, der nichts anderes war und blieb als ein System von Unzulänglichkeiten. Nun griff aber seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts mit rasch steigender Gewalt in diese Zustände eine Kraft hinein, die selbst einigend und trennend zugleich wirkte. Das war der moderne europäische Kapitalismus.

Der kapitalistische Einfluß erfaßte alle Balkanländer, doch am meisten die Türkei. Schon die Millionenstadt Konstantinopel, dieser große Hafen- und Handelsplatz, mußte das bedingen. Außerdem war die Türkei ein Großstaat und blieb es noch immer, auch nach der Loslösung der kleineren Fürstentümer. Das brachte aber, wie der Kapitalismus überhaupt, solange ihm die Volksmassen nicht Zügel anlegen, vor allem soziale Zerkleinerung und Verelendung, so daß man bis zu einem gewissen Grade sagen kann: wenn die bulgarische und serbische Armee in diesem Kriege sich auf ein stärkeres Bauerntum stützen konnten, als die Türkei, so war es nicht Dank ihrer größeren, sondern Dank ihrer geringeren kapitalistischen Entwicklung. Gerade durch diesen Krieg wird den Trümmern der Bauernherrlichkeit der Gnadenstoß gegeben werden: die südslawischen Bauern werden ihre Siege mit ihrem Wohlstand bezahlen.

Der kapitalistische Einfluß in der Türkei zeigt drei Hauptformen: 1. die Bankokratie, 2. die Eisenbahnen, 3. die Industrie nebst dem Großhandel.

Die Bankokratie beruht auf der türkischen Staatsschuld. Diese datiert seit dem Krimkrieg. Das war ja für die Türkei ein siegreicher Krieg, aber von da an beginnt ihre Schuldnichtigkeit und ihr unaufhaltbarer Zerfall.

Die Geschichte der türkischen Staatsschuld ist die Geschichte der gemeinsten Auswucherung des Landes. Ich kann hier nicht auf alle Einzelheiten eingehen, weil das ein ganzes Buch füllen würde, will deshalb als typisches Beispiel bloß die Geschichte der *Türkenlose* kurz skizzieren.

Die *Türkenlose* wurden geschaffen, um die Kosten des Baues der Orientalischen Eisenbahnen aufzubringen. Es wurden 1 980 000 Obligationen zu dem nominalen Werte von 400 Francs per Obligation ausgegeben. Die gesamte vom Staat übernommene Schuld betrug also 792 Millionen Francs, die mit 3 % zu verzinsen waren. Es waren demnach an Zinsen 21,6 Millionen Francs jährlich zu zahlen.

Diese sämtlichen Obligationen hat Baron Hirsch mit — man höre! — nur 128 1/2 Francs per Obligation übernommen. Er hat also für das Ganze nur 255 Millionen Francs gezahlt. Differenz = 537 Millionen Francs! Die Verzinsung, die der Staat zu zahlen hatte, bezog sich aber auf das Ganze, sie war, wie oben angegeben, 21,6 Millionen Francs jährlich. Sie betrug auf das von Baron Hirsch gezahlte Kapital berechnet, mehr als 16 Prozent.

Angeichts dieser Bedingungen verwundert man sich weiter nicht mehr, wenn man erfährt, daß Baron Hirsch die von ihm übernommenen sämtlichen *Türkenlose* sofort zu einem Kurs von 150 Francs nebst 30 % Gewinnbeteiligung an ein Syndikat französischer und österreichischer Banken abgab. Ins Publikum wurden die *Türkenlose* zu einem Kurs von 180 Frs. gebracht.

Nicht viel anders waren die Bedingungen der anderen Anleihen, die der türkische Staat in den 50er und 60er Jahren geschlossen hatte. Dafür wurden „die *Türken*“ zu einem beliebigen Börsenpapier. Die kleinen Sparer und die großen Schwindler, die Pariser Wäschfrauen, die römische Kurie, die spanischen Klöster, alles kaufte „*Türken*“. In Konstantinopel aber kam eine Gruppe von Banken auf, die fast durchweg *Griechen* gehörten. Sie sind bekannt unter dem Namen der *Banken von Galata*.

Während die freien Griechen in dem neu erstandenen Griechenland verarmten, haben diese griechischen Finanzleute Konstantinopels unter dem türkischen Joche sich Macht und Ansehen zu verschaffen gewußt.

Im Zusammenhang mit der Staatsschuld einerseits, der griechischen Finanzleuten andererseits steht auch die erste große europäische Finanzgründung in der Türkei, die *Ottomanische Bank*. Europa wurde durch die berühmtesten Gründer der napoleonischen Schwindelära vertreten, die Gebrüder *Pereire*. Nach verschiedenen Wandlungen hat diese Bank sich derartige Privilegien als Notenbank, als Schatzmeister, als Kreditgeber und

Kreditvermittler des türkischen Staats zu sichern gewußt, daß die Direktion schon 1875 in dem Bericht an die Generalversammlung der Aktionäre erklären durfte, die Stellung der Bank sei „ohne Beispiel in der Geschichte der Privatgesellschaften oder der Finanzinstitute der Welt“. So ist es bis auf den heutigen Tag geblieben, nur daß die Ottomanische Bank mit der Zeit ihre Machtstellung nur noch ungemein verstärkte.

Der türkische Staat zahlte Wucherzinsen. Das konnte, wie bei jedem Wuchergeschäft, nicht in alle Ewigkeiten dauern. Einmal mußte der Zusammenbruch eintreten. Und das geschah den nach 1876. Die Situation war die: der Staat hatte 13 Millionen türkische Pfund jährlich für die Staatsschuld zu zahlen, während die gesamten Einnahmen des Reichs bloß 17 Millionen türkische Pfund betragen! Ueber 75 % seiner Einnahmen hatte der Staat an die Gläubiger zu entrichten. Das ging offenbar nicht, und der türkische Staat stellte die Zinszahlung ein.

Darüber große Entrüstung und Wehklagen unter den oben erwähnten Pariser Wäschfrauen, der römischen Kurie, den spanischen Klöstern, unter allen, die rasch auf Kosten der Türkei reich werden wollten und das Opfer jener Geschäftsmacher wurden, die, wie Baron Hirsch, die Bankiers von Galata, die Ottomanische Bank, das Geschäft bloß vermittelten, ohne sich selbst zu stark pekuniär zu engagieren.

Die slawischen Aufstände und der russisch-türkische Krieg vervollständigten den Zusammenbruch. Aber wie der Phönix aus der Asche, erstieg nach weniger Zeit aus den Trümmern eine neue Finanzmacht, die noch herrlicher erblühte und den Staat sich vollends unterwarf.

Wir können nicht umhin, mit der gegenwärtigen Stellung der Bankokratie in der Türkei uns noch besonders zu beschäftigen, denn sie beeinflußt die ganze wirtschaftliche, folglich soziale Entwicklung des Reichs. Außerdem wird die Frage der türkischen Finanzen bei der Regelung der Verhältnisse im Orient eine große Rolle spielen.

Barous.

Vom Balkan.

Die Verhandlungen nehmen noch immer ihren Fortgang, ohne bisher zu einem Abschluß gekommen zu sein. Stillschweigend üben sowohl Bulgaren als auch Türken an der *Tchataldika-Linie* Waffenstillstand, wie aus der dort herrschenden Ruhe hervorgeht. Beide Parteien werfen Verhandlungen auf. Aber Konstantinopel wird gemeldet, daß der Ministerrat in der Erwägung, daß die Verhandlungen über einen Waffenstillstand sich in die Länge ziehen würden, am Dienstag beschlossen habe, unmittelbar Friedensverhandlungen einzuleiten. Die Rechtsbestände der Pforte, Reichid und Heer, sind nachts mit Vollmacht und neuen Instruktionen, die sie am Dienstag im Ministerrat erhielten, abgereist.

In der türkischen Ostarmee greift die Cholera in immer erschreckenderem Maße um sich. Die gegenteiligen türkischen Meldungen entsprechen nicht den Tatsachen.

Die Serben sind auf dem Vormarsch nach der *Adriaküste* begriffen. Sie befinden sich auf dem *Mariche* von *Giovanni di Medua* nach *Durazzo*. Nach einer weiteren Meldung soll letztgenannte Stadt bereits von ihnen genommen sein.

Nach amtlicher serbischer Quelle betragen die Verluste der Serben in der Schlacht bei *Monastir* 1200 Tote und 3200 Verwundete.

Aus dem serbischen Hauptquartier wird gemeldet, daß demnächst über Bulgarien und *Adrianopel* noch 65 000 serbische Soldaten zu einem Angriff auf *Konstantinopel* vormarschieren werden.

In *Bulgarien* sind für den 3. Dezember die *Rekruten* des Jahrgangs 1914 zur Fahne einberufen worden.

Einer Pariser Drahtmeldung zufolge berichtet der Korrespondent des Temps aus *Belgrad*, er glaube, daß nun für eine Einigung zwischen Österreich-Ungarn und Serbien eine positive Unterlage gefunden worden sei. Nach dieser Unterlage werde Österreich-Ungarn seine Genugtuung erhalten, indem Serbien und die übrigen Balkanstaaten in die Schaffung eines selbständigen *Albanien* einwilligen. Serbien solle seinen Hafen bekommen, und zwar komme in Frage der *Hafen von Giovanni di Medua* oder, wenn dieser schon von den *Montenegrinern* beansprucht werden sollte, *Alessio* mit einem kleinen Gebiet an der Küste, wenn andererseits sich Serbien verpflichte, diesen Hafen nicht zu besetzen. Hoffentlich bestätigen sich diese Nachrichten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Teuerung.

Die zwei großen Probleme, die die politischen Sorgen des deutschen Volkes enthalten, leiten die Arbeiten des Reichstags in dem neuen Sessionsabschnitt ein. Alles Interesse richtet sich auf die Interpellationen, die von den Nationalliberalen und von unserer Fraktion zur auswärtigen Politik, und gleichfalls von den Sozialdemokraten zur Frage der Teuerung eingebracht worden sind. Die Not des Volkes, die politische und die wirtschaftliche, hat die Stellungnahme des Parlamentes herausgefordert.

In den ersten Tagen der nächsten Woche soll — so hat es der Reichskanzler zugefragt — die internationale Lage zur Erörterung gelangen. Heute tritt ja ohnehin der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten zusammen, der so Gelegenheit haben wird, die Stellung der Regierung zu den vorliegenden Interpellationen festzulegen. Gestern begann die Debatte über die Teuerungsinterpellation, welche die sozialdemokratische Fraktion bereits vor dem Zusammentritt des Reichstags vorgelegt hatte. Mit dieser Beratung wurde verbunden die Behandlung des Gesetzentwurfes über vorübergehende Zollerleichterungen bei der Fleischeinfuhr.

Genosse *Bebel* erklärte sich mit dieser Verbindung unter dem Vorbehalt einverstanden, daß trotzdem unser zu der Interpellation gestellter Antrag zur Abstimmung gebracht würde. Zum erstenmal soll ja der Reichstag Gelegenheit bekommen, von der im Frühjahr beschlossenen Erweiterung seiner Geschäftsordnung Gebrauch zu machen und in einem ausdrücklichen Beschluß seine Billigung oder Mißbilligung der Regierungspolitik auszusprechen. Gegen die Bemerkung des Genossen *Bebel* wurde von keiner Seite ein Einwand erhoben, aber am Schluß der Sitzung entspann sich trotzdem eine längere Geschäftsordnungsdebatte; den Nationalliberalen war es offenbar etwas schwer zu Mute geworden, als sie den sozialdemokratischen Antrag zu Gesicht bekamen, in dem die Haltung — oder besser gesagt, die mangelnde Haltung — des Reichskanzlers zu den Teuerungsfragen im einzelnen verurteilt wird. Es ist für einen nationalliberalen Helden immerhin etwas peinlich, so seine Meinung selber erkennen und gar deutlich kundgeben zu müssen. Herr *Bassermann* kündigte daher (d. h. er gab diesen Grund natürlich nicht an, sondern bezog sich auf die Geschäftsordnung) für die heutige Sitzung einen Widerspruch an, gegen die detaillierte Formulierung unseres Mißbilligungsantrags. Viel Freude hatte er einstweilen damit nicht; die Genossen *Haase*, *Dr. Frank* und *Ledebour* machten ihn sofort darauf aufmerksam, wie leicht es uns wäre, den angeblichen Schwierigkeiten der Geschäftsordnung zu entgehen, sogar *Graf Westarp* trat nicht auf seine Seite, und Herr *Gröber*, der ihm sachlich aus guten Zentrumsgründen recht gab, verbitterte die süße Bille durch einige harmlose Bosheiten. Heute soll diese Frage entschieden werden, die ja in der Tat allgemeine Bedeutung hat, da gleich bei der ersten Gelegenheit festgestellt werden soll, ob der Reichstag sich lediglich darauf beschränken muß, ein ganz allgemeines, garnicht substantiiertes Urteil über die Regierung zu fällen.

Die sozialdemokratische Interpellation wurde durch den Genossen *Scheidemann* begründet. Seine Rede war nicht nur rhetorisch ausgezeichnet, seine Argumente wirkten nicht nur durch die scharfe und präzise Pointierung, sie war auch vorzüglich dokumentiert, und das Tatsachenmaterial war selbst schon eine erschöpfende Verurteilung der agrarischen Regierungspolitik, und ein unwiderleglicher Beweis für die tiefe Berechtigung unserer Forderungen.

Es muß dem Kanzler zugestanden werden, daß er angeichts der lebendigen Wirklichkeit keine leichte Position hatte. Wie soll noch einigermaßen glaubhaft gegenüber der wachsenden Not eine Wirtschaftspolitik verteidigt werden, wie sie der Bund der Landwirte der Reichsregierung vorschreibt. Vielleicht ist es darauf zurückzuführen, daß Herr *v. Bethmann-Hollweg* gestern einen möglichst zahmen, zumeilen beinahe ängstlichen Ton anschlug, als er die seit vielen Jahren schon bekannten agrarischen Ausreden vorbrachte, deren nichtsnutzige Banalität von der unerbittlichen Wirklichkeit längst erwiejen worden ist. Der Kanzler, der sich manchmal anstrengen möchte, etwas energischer zu scheinen, blieb zurückhaltend, und erzielte nicht einmal eine Wirkung, als er einen bequemen und willkürlichen Hinweis auf die eine oder andere Äußerung sozialistischer Schriftsteller wagte. Nach ihm sprachen — gerade so wie zu erwarten war — die Herren *Siesberts* vom Zentrum, *Dr. Böltger* für die Nationalliberalen, und eine nicht eben imposante *Acquisition* der Konservativen, Herr *Weilnböck* aus *Kulmbach*.

Zu Beginn der Sitzung war Herr Rämpf wieder als Präsident gewählt worden, nachdem das Zentrum in Vorahnung des unvermeidlichen Misserfolges auf eine eigene Kandidatur verzichtet hatte.

Das Zulagewesen im Reichsheer.

Die Heeresverwaltung hat dem Reichstag eine Denkschrift zugehen lassen, in der das Zulagewesen in der Armee dargestellt wird. Diese Denkschrift ist veranlaßt worden durch eine Resolution, der der Reichstag am 23. Februar 1911 zugestimmt hat. Das Kriegsministerium hebt hervor, daß man schon seit Jahren herbeizuführen, und daß dieses Streben auch von Erfolg begleitet war. Sehen wir zu, wie dieser Erfolg aussieht! Im Jahre 1909 wurden erparnt 1 004 263 Mk.; 1910: 126 525 Mk.; 1911: 4620 Mk.; 1912: 1 026 566 Mk. Einfaß überwältigend — bei einem Etat von 1000 Millionen Mark hat man glücklich 1 026 566 Mark erparnt!

Die historische Begründung der einzelnen Zulagen besteht in der Regel in der kurzen Bemerkung, daß die Zulage seit einer Reihe von Jahren gewährt werde. Damit ist natürlich ihre Berechtigung noch lange nicht bewiesen. Die Denkschrift unterscheidet zwischen Funktionszulagen, Stellenzulagen, Tischgeld, Ortszulagen, Hilfsarbeiterzulagen, Ehrenzulagen, Dienstalterszulagen, Lohnzuschüssen und sonstige Bewilligungen. Die Funktionszulagen werden gewährt an solche Offiziere, Beamte usw., die durch die Art ihrer Beschäftigung aus den Reihen der gleichstehenden Offiziere, Beamten usw. herausgehoben sind. Diese Zulagen steigen bei den Proviantamtsdirektoren bis zu 1800 Mark im Jahre. Für die Stellenzulagen wird meist als Grund die höhere Verantwortlichkeit angeführt. An solchen Stellenzulagen erhalten z. B. der Hauptmann der Kompanie, die die Besatzung der Burg Hohenzollern bildet, 720 Mk., die anderen Offiziere je 482 Mk. Diese Zulage für eine höchst überflüssige Verwendung kann man natürlich nicht mit der höheren Verantwortlichkeit begründen, deshalb wird als Grund angegeben: „Infolge der hohen und isolierten Lage der Burg sind die Lebensbedürfnisse teuer“. Der Kommandeur der Hauptkadettenanstalt bezieht 900 Mark Zulage, weil seine Stellung schwierig ist. Die Rittmeister bei den Militär-Lehrschmiedern, die von Veterinär-Offizieren geleitet werden, erhalten eine besondere Zulage für den größeren Kleiderverbrauch und für eine angebliche Lehrtätigkeit. Worin die Lehrtätigkeit dieser Rittmeister besteht, wird leider nicht gesagt. Die Zulage der Offiziere bei dem reitenden Feldjägerkorps wird mit den häufigen Dienstreisen, die sie zu machen haben, begründet. Die beim Kadettenkorps als Pagen Gouverneure verwandten Offiziere erhalten je 300 Mark Zulage für erhöhten Dienstaufwand! Selbst die Militärpfarrer, die mit Arbeit gewiß nicht überbürdet sind, beziehen außer dem Gehalt noch Zulagen.

Für die Leutnants gibt es außerdem noch Tischgelder in Höhe von 3,60 Mark monatlich, das damit begründet wird, daß ein gemeinsamer Mittagstisch der unverheirateten Offiziere besonders der Förderung des kameradschaftlichen Geistes dient.

Wenn man die ganze Liste überblickt, dann ist es berechtigt zu sagen, daß es wohl nur wenige Offiziere gibt, die nicht unter irgend einem Titel eine Zulage beziehen.

Bei der Militär-Reitschule in Hannover, und wohl auch anderwärts ist das Jagdreiten hinter der Meute — ein höchst feudales Vergnügen — eingeführt. Dafür werden aus dem Militärretar folgende Zulagen bezahlt: Ein Oberpikur 45 Mk., ein Pikur 9 Mk. pro Monat, Wachmeister, Unteroffiziere, die bei der Jagd verwendet werden, erhalten eine besondere Entschädigung; ferner werden bezahlt Halalgelder für jede Jagd: für Arbeiter im Saupark erhalten die Unteroffiziere 1 Mk., die Gemeinen 50 Pfg. pro Tag.

Dies einige Proben aus der Denkschrift, die bei der Beratung des Militärretars einer eingehenden Kritik zu unterziehen sein wird.

Mobilmachung.

Schüler der höheren Schulen, solche, die erst im nächsten Jahre zur Matura kommen, und auch noch jüngere Jahrgänge, haben von der Militärbehörde die Aufforderung erhalten, im Falle einer Mobilmachung sich binnen 3 Tagen bei dem zuständigen Bezirkskommando zu melden. Allem Anscheine nach sind demnach für den Fall einer Mobilmachung die weitgehendsten Vorarbeiten getroffen. Auch muß man in den beteiligten Kreisen wohl die Gefahr für sehr groß halten oder große Lust haben, das Feuer zu löschen, sonst würde man nicht solche auf junge Jahrgänge zurückzuführende Vorgänge treffen.

Die württembergischen Nationalliberalen suchen ein Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie.

Die nationalliberale Partei in Württemberg hat in der höchsten Not nach dem Weg zur Sozialdemokratie gefunden. Trotz ihrer bewiesenen Haltung gegenüber den konservativen Bändlern mußte sie die Erfahrung machen, daß die bündlerischen Führer krampfhaft den Kampf fortsetzen, um auf Kosten der Nationalliberalen die schwarzblaue Landtagsmehrheit herbeizuführen. Da die Sozialdemokratie bei der hochjahrigen Eri der Nationalliberalen jede Unterstützung nationalliberaler Kandidaten gegenüber dem Bauernbund und dem Zentrum abgelehnt hat, sind zwei alte nationalliberale Bezirke Brudenheim und Sulz schwer gefährdet, und in Geisingen droht die Wiederwahl des Zentrumsanwärters, für welchen der Bauernbund mit Hochdruck arbeitet. In der Verzweiflung entschloß sich daher die nationalliberale Parteileitung, der Sozialdemokratie das Angebot einer Vereinarbeit zu machen, aber in ihrer Bescheidenheit verlangten die Herren die Unterstützung ihrer Kandidaten durch unsere Wähler in drei Bezirken, während sie lediglich in Waiblingen zur Unterstützung weiterer Kandidaten anfordern wollten. Unsere Parteileitung erklärte sich nur bereit, in Brudenheim, wo unsere Kandidaten als aussichtslos schon zurückgezogen sind, zur Unterstützung des Nationalliberalen anzutreten,

wofür die Nationalliberalen unsere Kandidaten in Waiblingen unterstützen. Weitere Verpflichtungen wurden unsererseits abgelehnt. Welche Rückwirkung dieser Sündenfall der Nationalliberalen auf die Haltung des Bauernbundes ausüben wird, wird sich erst am Wahltage, dem 29. November, zeigen.

Frankreich.

Eine Probemobilisierung ist hier vorgenommen worden. Im Bezirke Arracourt erhielten alle Männer zwischen dem 25. und dem 45. Lebensjahre den Befehl zum Abmarsch. Die meisten begaben sich nach Moncel und bestiegen dort die Züge nach Loul, Saint Pont, Saint Vincent usw. Während dieser Zeit läuteten die Sturmglocken. Die ganze Bevölkerung war auf den Beinen. Die Aufregung war sehr groß. Frauen und Kinder weinten. Auch in Belfort wurde eine derartige Mobilisierung vorgenommen.

Es mag ja zutreffen, daß derartige Probemobilisierungen von Zeit zu Zeit vorgenommen werden, daß dieselbe aber gerade jetzt, wo allenthalben die Flammenszeichen lodern, erfolgt, ist zum mindesten ein eigenartiges Spiel.

Amerika.

Die Präsidentenwahl. Die Statistik der Abstimmung bei der Präsidentenwahl ergab für Wilson 6 157 000, Roosevelt 3 928 000, Taft 3 376 000, Debs 674 000 und Chapin 161 000 Stimmen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 28. November.

Achtung Maler! über das Geschäft des Malermeisters Edtmund Vogel, Rabeburger Allee, ist auf Grund des § 10 des Reichsstärkertrages, der von der Schmutzkonturrenz handelt, die Sperre verhängt worden.

Die Verammlung der Bürgerwehr, welche am Montag, dem 2. Dezember 1912, abends 6 Uhr stattfand, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: I. Ergänzungswahlen für den Bürgerausschuß. II. Mitteilungen des Senats. III. Anträge des Senats. 1. Erhöhung des Kostgeldtarifes des Allgemeinen Krankenhauses und Neuordnung der Anstellungsverhältnisse der Oberärzte. 2. Einbau eines zweiten Verbrennungsofens im Krematorium. 3. Erlaß von Nachträgen zum Ausführungsgesetz zur Grundbuchordnung vom 18. Dezember 1899 und zur Verordnung vom 27. Mai 1872, die Veräußerungsabgabe betreffend. 4. Wahl eines Plazes für den Bau eines Schulgebäudes für die höhere Mädchenschule von Fräulein Freese. 5. Ausgleichung der Baurechnung für das Rechnungsjahr 1911. 6. Beilegung der Stielablagerungen in den Häfen bei der Stadt. 7. Abänderung des Bebauungsplanes für die Vorstadt St.-Lorenz-Süd. 8. Verkauf eines Areals auf dem Prival an den Bootshauer Hans Böbs in Travemünde. 9. Erlaß eines neuen Gesetzes, betreffend die Gewährung von Entschädigungen an die im städtischen Feuerwehrdienste Erkrankten und Verunglückten sowie an deren Witwen und Waisen. IV. Besprechung der Rückäußerung des Senats vom 12. Oktober 1912 zu den Beschlüssen der Bürgerwehr zum Nachtragsentwurf zu dem Gesetze vom 3. Oktober 1906, betreffend die Erhebung einer Gewerbesteuer von dem Betriebe der Gast- oder Schankwirtschaft sowie des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus.

Der Bürgerausschuß genehmigte resp. befristete in seiner gestrigen Sitzung die Senatsanträge betreffend die Veräußerung der Bureaufösten des Katasteramtes im Rechnungsjahre 1912 um 3500 Mk.; Gewährung einer lebenslänglichen Unterstüzung von jährlich 300 Mk. an die Witwe des früheren Holzpostes Nikolaus Hunsburg. Errichtung eines Liegerlöses für Motorboote bei der Drehbrücke (1000 Mark). Abänderung der Grabberechtigungen an Gräbern auf dem St. Gertrud-Kirchhof zum Zwecke der Forträumung (785 Mk.). Anstellung einer zweiten Fürsorgegeföwster. Die zweite Fürsorgegeföwster soll ein jährliches Gehalt von 1000 Mark beziehen. Der Betrag wird alljährlich in das Budget eingestellt werden. Für dieses Jahr sollen noch 666,67 Mark eingestellt werden, da das Stadt- und Landamt wegen der Arbeitsüberlastung der ersten Schwester bereits zum 1. Aug. eine zweite Schwester eingestellt hat. Weiter wurden noch Senatsvorlagen mitgenehmigt, welche die Gewährung einer lebenslänglichen Unterstüzung an die Witwe des ehemaligen Schulmannes Seadermann (300 Mk.), die Nachbemilligung von 250 Mk. 14 Pfg. für die Erweiterung der Verladebrücke und des Ladegleises auf dem öffentlichen Schlachthofe betreffen. Der Bürgerausschuß hat die Gewährung empfohlen werden der Verkauf eines 4500 Quadratmeter großen Areals auf dem Prival an den Bootshauer Hans Böbs in Travemünde für 8 Mk. pro Quadratmeter, der Erlaß eines Nachtrages zur Bauordnung für die Landbezirke vom 2. August 1897, der Gegenentwurf betr. die Gewährung von Entschädigungen bei Änderung der Höhenlage von Straßen der inneren Stadt und der Vorstädte.

Der Erlaß eines Gesetzes, betr. die Gewährung von Entschädigungen an die im städtischen Feuerwehrdienste Erkrankten und Verunglückten, sowie an deren Witwen und Waisen fand gestern die Zustimmung des Bürgerausschusses. Die Entschädigung wird in dem Erlaß der Kosten des Heilverfahrens einschließlich derjenigen einer etwa erforderlichen Nachbehandlung und in einer Rente bestehen. Auf die Bemessung der Rente für die Mitglieder der Berufsfeuerwehr und anderer im öffentlichen Dienst angestellten Personen findet das Gesetz vom 26. Mai 1902, betr. die Fürsorge für Beamte und deren Hinterbliebenen infolge von Betriebsunfällen, entsprechende Anwendung. Das gleiche gilt, wenn die Erkrankung oder Verlegung den Tod zur Folge gehabt hat, für die Bemessung der den Hinterbliebenen zustehenden Renten.

Die Errichtung einer dritten Säuglingsfürsorgegeföwster beschloß der Bürgerausschuß in seiner gestrigen Sitzung. Ihm lag folgendes Senatsdekret vor: Die seit Juli 1911 eingerichteten beiden Säuglingsfürsorgegeföwsten, die erste im Kinderhospital, die zweite in dem Schulhause Schwarzenauer Allee Nr. 44 a haben sich durchwegs bewährt, da in ihnen sowohl die der Berufsvormundschaft unterstehenden Säuglinge wie die Pflegekinder der Kinderpflegeanstalt der Armenanstalt bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre obligatorisch einer ärztlichen Kontrolle und Beratung teilhaftig geworden sind, andererseits aber auch seitens des Publikums freiwillig in entsprechenden Umfange von dieser Einrichtung zum Wohle der Säuglinge Gebrauch gemacht worden ist. Ein Hauptgewicht wird dabei auf eine mögliche Verbreitung des Selbstwillens gelegt, durch welches eine günstige Entwicklung der Kinder und eine Erhöhung ihrer Widerstandsfähigkeit gegen die mannigfachen Schädigungen erzielt wird. Da nun zum Januar 1913 die erste Säuglingsfürsorgegeföwster mit dem Kinderhospital in das neu erbaute Kinderkrankenhaus in der Rahlhorststraße überbedeln wird, in welchem sachgemäße Räumlichkeiten für diese Fürsorgegeföwster vorgesehen sind, ist es angezeigt — und war für den Termin der Verlegung des Kinderhospitals rea vorbereitet in Aussicht genommen worden

— als Ersatz eine dritte Fürsorgegeföwster in der nördlichen Stadthälfte einzurichten, damit den Säuglingen und ihren Müttern und Pflegerinnen nicht durch eine zu große Entfernung Unbequemlichkeiten, Schädigungen oder große Opfer an Zeit auferlegt werden, auch nicht etwa die freiwillige Bemühung der Fürsorgegeföwsten vermindert wird. Für diese dritte Fürsorgegeföwster sind zwei Räume in der Marien-Anbenschule in Aussicht genommen, welche von der Oberschulbehörde hierfür bereitwillig zur Verfügung gestellt sind. Da wegen der zum Januar erfolgenden Verlegung des Kinderhospitals diese Fürsorgegeföwster zweimäßigweise bereits vor Beginn des neuen Rechnungsjahres 1913/14 einzurichten ist, so vernotwendigt sich die Bereitstellung von Mitteln für die Einrichtung und den Betrieb der dritten Fürsorgegeföwster schon vom 1. Januar 1913 ab. Die Mittel, welche für die erste Einrichtung und die Unterhaltung der Säuglingsfürsorgegeföwster im ersten Kalendervierteljahr 1913 erforderlich sind, belaufen sich auf: 1. für den dritten Säuglingsfürsorgearzt ein Viertel von 600 Mk. = 150 Mk., 2. Vierteljahrsschädigung für den Schuldienere 30 Mk., 3. Milchfarten zur Förderung des Selbstwillens 150 Mk., 4. einmalige Ausgabe für Mobiliar und Drucksachen 200 Mk., zusammen 530 Mk.

Die Anstellung einer Sanitätsgeföwster als Gesundheitsaufseherin wurde gestern auf Antrag des Senats vom Bürgerausschuß beschlossen. Die entstehenden Kosten betragen 1200 Mk. Die Gesundheitsaufseherin soll die Aufgabe erhalten, nach Anweisung des Physikus auf Grund der eingehenden Meldungen von ansteckenden Krankheiten die betreffenden Hausstände aufzulesen, die Desinfektionsmaßnahmen kontrollieren und den Angehörigen der Kranken auf Wunsch Rat erteilen.

Die Hauptplatzfrage für die Errichtung der Freieschen Schule für höhere Mädchen will der Senat in der Weise erledigen, daß er jetzt der Bürgerwehr wiederholt den Fallplan, der erst vor kurzem von dieser Körperschaft abgelehnt wurde, vorschlägt. Der Bürgerausschuß hat gestern seinen früheren ablehnenden Standpunkt verlassen und ist dem Senatsantrage beigetreten. Ob die Bürgerwehr ebenso handeln wird, bleibt abzuwarten.

Die Kriegsvorbereitungen der Unternehmerverbände für das Jahr 1913. Ueber dieses Thema referierte am Dienstagabend in einer zahlreich besuchten Holzarbeiterversammlung der Redakteur der Holzarbeiter-Zeitung, Genosse Franz Röhner, Berlin. Röhner führte u. a. folgendes aus: Das Ende des November eines jeden Jahres ist in der Geschichte des Holzarbeiterverbandes von ganz besonderer Bedeutung. Am 15. November ist der Kündigungstermin der mit dem Schutverband für das Holzgewerbe abgeschlossenen Tarife. Im nächsten Frühjahr haben 50 000 Kollegen mit einem Kampf zu rechnen. Sämtliche Verträge sind seitens des Schutverbandes gekündigt. Auch Lübeck ist dabei; hier hat man seitens des Schutverbandes gekündigt, ohne daß die Mitglieder gefragt wurden. Die Arbeitgeber haben schon von jeher das Prinzip gehabt, eine möglichst große Gruppe in den Kampf zu bringen, um ihre Macht probieren zu können und möglichst das Ideal des einheitlichen Ablaufstermins zur Durchführung zu verhelfen. Schon im Jahre 1907 hat der Obermeister Kahardt seinen Kollegen versprochen, sie vom deutschen Holzarbeiterverband zu „befreien“. Daher mußten wir damals den großen Kampf führen; aber der Holzarbeiterverband ist als Sieger daraus hervorgegangen. Der Vertrag für diese Gruppe galt bis zum 15. Februar 1910 und jetzt vertritt Herr Kahardt seine Kollegen auf jenes Jahr. So erklärte Herr Kahardt im Jahre 1910 in einer Arbeitgebertagung in „Rahrdtellen“ in Berlin: Für diesmal gibt es keine Arbeitszeitverkürzung noch nennenswerte Lohn-erhöhung. Gleichzeitig wurde hier beschlossen, einen Kriegsfonds zu gründen und zwar in der Weise, daß jeder Arbeitgeber für jeden beschäftigten Gesellen 3 Mark zu zahlen hat. Weiter wurde recht lebhaft für den Abschluß eines Reichstaris eingetreten. Auch die große Bewegung von 1910 hat mit einem Siege der Arbeiter geendigt. Die Arbeitgeber haben bedeutende Arbeitszeitverkürzungen zugestehen müssen. Weiter auch erhebliche Lohnerhöhungen. Und die Arbeitgeber haben auf den Reichstaris verzichtet müssen. Wir Holzarbeiter stehen heute dem Reichstaris ferner wie früher; denn wir haben jetzt vierjährige Verträge, während wir vorher dreijährige hatten. — Und seit dem Jahre 1907 sind unsere Erfolge nicht geringer, sondern bedeutend größer geworden, als bei den Einzelkämpfen. Haben wir doch seit dem Jahre 1907 für rund 100 000 Kollegen 2 Stunden Arbeitszeitverkürzung errungen und für 150 000 Kollegen 2—3 Mark Lohnerhöhung pro Woche erhalten. Seit dem Jahre 1907 wurden die im Frühjahr zum Ablauf kommenden Verträge alljährlich auf dem Wege friedlicher Verhandlungen erneuert. Dies bietet aber keine Gewähr dafür, daß das nun immer so sein muß. Im Gegenteil: Es sprechen alle Anzeichen dafür, daß der Arbeitgeberschutzverband im Frühjahr 1913 die große Kraftprobe unternehmen will, auf die er sich schon lange vorbereitet und zu der er seine Kräfte gesammelt hat. Der Zusammenschluß des Arbeitgeberschutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe mit einer Reihe anderer Unternehmerorganisationen zum Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände spricht eine deutliche Sprache. Ein vernünftiger Schlag soll geführt werden und in dem bevorstehenden Ringen will auf Seiten der Unternehmer der Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe den Vorstoß führen. Aber es sind noch andere Kräfte, die dem Schutverband zur Verfügung stehen; es sei nur an den Wehrschlag erinnert, wo zum Beispiel für jede 1000 gestiefte Ziegelsteine der Lieferant 3 Mark in die Kasse des Schutverbandes zahlen muß; daß weiter im Malergewerbe jeder Lieferant erst eine Karte zu 20 Mark zu lösen hat, bevor er sein Material verkaufen kann. Weiter muß sich jeder Reisende mit einer Nebenkarte zu 10 Mark versehen. Nur die armen Tischlermeister haben noch keinen Wehrschlag. Und dann der Ruf nach mehr Schutz der Arbeitswilligen. Dabei könnten wir mit Recht fordern, mehr Schutz vor den Arbeitswilligen. Dann der Ruf nach Polizei und Staatsanwaltschaft; ferner legen die Arbeitgeber die Hoffnungen auf den Selben. Wir sehen also, daß nach allen Richtungen hin die Arbeitgeber sich auf einen Kampf vorbereiten. Ihre Parole lautet: Nichts soll mehr bewilligt werden. Es muß daher unsere höchste Aufgabe sein, alle Mann auf dem Posten zu sein, den letzten Holzarbeiter im Holzarbeiterverband organisieren. Gestützt auf das Solidaritätsgefühl unserer 200 000 Kollegen müssen wir unsere Erfolge weiter spinnen. Wir müssen dafür sorgen, daß unsere Organisation immer weiter ausgebaut wird. Die nächsten Wochen müssen Wochen der Arbeit sein. Jeder einzelne hat die Pflicht, das Aeußerste aufzubieten, um den Stand unserer Organisation zu heben. Wir suchen den Kampf nicht, sondern wir werden versuchen, auf eine anständige Art und Weise Verhandlungen anzubahnen, um dadurch zu einem ehrenvollen Frieden zu gelangen. Das kommende Frühjahr muß uns einen ehrenvollen Abschluß bringen, und es muß ihn bringen, mag da kommen, was da kommen mag: Wir sind gerüstet!

b. Etwa drei Dutzend Berggehen gegen das Kinderhospit-geheh standen heute vormittag vor dem Schöffengericht zur Aburteilung. Willige und willige Arbeitskräfte sind stets gesucht; insbesondere werden Kinderhändchen begehrt.

Zum Glück sind die Zeiten, wo unbeschränkte Ausbeutung der Kinder erlaubt war, vorüber; nicht wenig trug die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für den Kinderschutz — wenigstens in Industrie und Handwerk — bei. In der Landwirtschaft allerdings gebietet noch der Junker, der gleich die Arbeitskraft der ganzen Familie, Mann, Frau und Kinder, mit Beschlag belegt. Auch in der Heimarbeit sind noch Ausnahmen zulässig. In den zur Verhandlung stehenden Fällen, die auf Grund einer Rundfrage der Oberstaatsbehörde zur Anzeige kamen, kommen krasse Übertretungen nicht vor, meist handelt es sich um Wäscherinnen, kleine Gewerbetreibende, Bäcker, Händler, Meiereiwärter, die Schulfürer entgegen dem Gesetz werktags über drei Stunden und zum Teil auch Sonntags mehr als zwei Stunden und während der Kirchzeit beschäftigt haben. Daß es Kinder armer Leute sind, die statt sich im Freien zu tummeln wenige Pfennige zum kümmerlichen Lebensunterhalt beitragen müssen, ist selbstverständlich. Proletariatskinder sollen nach herrschender Ansicht möglichst früh ins Joch gespannt werden. Verstöße gegen das Kinderschutzgesetz können bis zu 200 Mark bestraft werden. Im heutigen Termin wurden in etwa zehn Fällen, denen wir beiwohnten, Strafen von 6—20 Mk. verhängt, nur in einer Sache beantragte der Staatsanwalt 40 Mark. Der schulpflichtige Knabe mußte schon in den frühen Morgenstunden Brot austragen. Dadurch wird natürlich die Aufmerksamkeit des Kindes während des Unterrichts geschwächt. Mögen diese Strafen andern wieder zur Warnung dienen, Kinder am Werktag nicht über drei Stunden und nicht über die achte Abendstunde hinaus zu beschäftigen, und am Sonntag, wenn einmal nicht anders gehen sollte, sich mit zwei Stunden Kinderarbeit zu begnügen, die, was allerdings das wenigste Fehlen wäre, nicht in der Kirchzeit und nicht vor 8 Uhr liegen dürfen.

Erfahrungsgeschichte der Schleswig-Holsteinischen Landesbrandkasse gegen die Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft. Gemäß des Eisenbahngesetzes vom Jahre 1838 haftet die Bahn auch für Sachschaden, der durch Funkenflug der Lokomotive entsteht. Diese Ansprüche können nicht nur die wirklich Geschädigten einbringen, sondern im Regreßwege auch die Versicherungsgesellschaften, die wegen des Schadens Entschädigung leisten mußten. Denn dort, wo ein Anspruch auf Unterlassung ausgeschlossen ist (beim Eisenbahnbetrieb ist das der Fall), kommt unbedingt der allgemeine Anspruch auf Verschulden zur Geltung. Liegt aber ein Verschulden der Bahn vor, so können alle, die durch dieses Verschulden geschädigt sind, Ersatz verlangen. Nach der Feststellung der Vordiensteher ist am Nachmittag des 17. Juli 1909 in dem lauburgischen Dorfe Stebeneichen ein Feuer entstanden, durch das mehrere in der Schleswig-Holsteinischen Landesbrandkasse versicherte Häuser eingeeigert worden sind. Das Feuer ist in dem Strohdach der Scheune eines gewissen H. zuerst bemerkt worden. Die Scheune lag 87 Meter östlich von dem Bahndamm der Lübeck-Büchener Eisenbahn. Für die Wahrscheinlichkeit, daß das Feuer durch den Funkenflug der Lokomotive verursacht ist, spricht der Umstand, daß vor dem Ausbruch des Feuers der von Büchen kommende Zug 248 dessen Lokomotive Funken ausgeworfen hat, vorübergefahren ist und daß zu der betreffenden Zeit westlicher Wind geherrscht hat. Auch ist das Wetter an diesem und den vorhergehenden Tagen trocken gewesen. Die beklagte Bahn behauptet, daß die Funken auf diese Entfernung nicht mehr zündungsfähig gewesen sein können, weil der Schornstein der Maschine ein Sieb mit 8 Millimeterlöchern gehabt habe; dagegen führt die Klägerin das Zeugnis eines Kuhhirten an, der beobachtet haben will, wie ein Funke bis auf das Dach der Scheune des H. geflogen sei. Von dort hat sich dann das Feuer auf die angrenzenden Gebäude ausgebreitet. Landgericht Lübeck und Oberlandesgericht Hamburg haben den Anspruch der Klägerin dem Grunde nach als berechtigt anerkannt. Das Oberlandesgericht führt zur Begründung seines Urteils aus, daß der Brand der Scheune zuerst an der dem Bahndamm zugekehrten Seite beobachtet worden ist. Für die Entzündung durch den Flug glühender Funken waren die Verhältnisse günstig, da die aus dem Schornstein entweichenden Schlackenstücke der Scheune zugeführt wurden. Dieser Funkenflug ist schon sehr oft beobachtet worden. Die ganze Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß das Feuer durch den Funkenflug entstanden ist. Die Frage der Ursächlichkeit ist deshalb zu bejahen. Zwar kann die Klägerin sich nicht auf das preußische Eisenbahngesetz vom Jahre 1838 berufen, aber die unbedingte Ersatzpflicht ergibt sich aus den allgemeinen Grundsätzen der Schadenshaftung. Das Reichsgericht hat das Urteil des Oberlandesgerichts Hamburg bestätigt.

Arbeitererlöb. Am Dienstag erlitt der Arbeiter Oldenburg dadurch einen Unfall, daß er einen Fuß umwickelte, als er eine Tracht Bretter über die Stellage trug und mit dem andern Fuß durch die Stellage trat. — Am Mittwoch kam der Arbeiter Stiegaw dadurch zu Schaden, daß eine Siebe Bretter ausschüttete, die ihm auf das Bein fielen und dasselbe quetschten. St. wurde mittels Droßke nach seiner Wohnung gebracht. Beide Unfälle ereigneten sich bei der Firma Havemann u. Sohn, wo noch Akkordarbeit besteht, die naturgemäß Hast und Eile im Gefolge hat.

Große Veränderungen in Lübecker Straßenbahnbetrieb treten mit dem 1. Dezember d. J. in Kraft. Auf der Mari-Linie wird der fünf-Minutenbetrieb eingeführt. Die Wagen werden zur Hälfte nicht nur bis zum Bahnhof verkehren, sondern bis nach Kropelsdorf durchgeführt werden. Der andere Teil der Marillinie endet auf dem Geibelplatz. Die Fahrten sind so gelegt, daß bei der Pfaffenstraße stets Anschluß nach dem Bahnhofe vorhanden ist. Neu sind weiter die Linien Koedstraße-Rageburger Allee (bisher Koedstraße-Kronsforder Allee), Schwartauer Allee-Kronsforder Allee (bisher Schwartauer Allee-Rageburger Allee) und Israelsdorfer Allee-Bahnhof. Am 1. Dezember wird auch die Linie Forsthalles-Rücknigh dem Verkehr übergeben. Die genauen Fahrpläne werden morgen im Inseratenteil des „Lübecker Volksboten“ veröffentlicht werden. Unsere Leser tun gut, sich dieselben auszukleiden und aufzubewahren. Mit den neuen Verkehrsverbesserungen dürfte der Verkehr selbst einen weiteren Aufschwung erfahren.

Vieheinfuhr aus Dänemark. Die Einfuhr von Kindern aus Dänemark nach den deutschen Quarantananstalten betrug in der Woche vom 17. bis zum 23. November wie folgt: Apenrade 1268, Flensburg 175, Kiel 305, Lübeck 735, Rönne 235, Altona 237, im ganzen 2955 Stück, davon 2107 Stück über Rolding. In derselben Woche wurden in geschlossenen Zuständen 2250 Stück Großvieh, 265 Kälber, 90 Schafe und 950 Schweine eingeführt.

Nationale Schweinefeste. Unter dem Schweinebestande des Hufenpächters Heint. Schmalz zu Kl. Grönan ist die Schweinefest amlich festgestellt worden.

Im Haus-Theater tritt, wie uns von der Direktion geschrieben wird, ab Sonntag wieder eine neue Künstlergattung auf. U. a. Harry Bienenstein mit seinem urkomischen Burleske-Ensemble, dann die größte Attraktion des 20. Jahrhunderts, Käthe Kollit, genannt der weibliche Sylvester Schaffer, in ihrem noch nie gesehenen Universalakt. Außerdem die weiteren erstklassigen Attraktionen. Auch der beliebte Lübecker Humorist Ludwig Puls ist für dieses Programm verpflichtet. Im Kabarett treten ab 1. Dezember wieder ganz neue Kräfte auf. Eine Neuerung hat die Direktion insofern getroffen, als am Sonntag nachmittag von 1/4 bis

7 Uhr im Kabarett-Saal bei freiem Eintritt ein Bier- und Kaffee-Kabarett stattfindet.

pb. Unglücksfall. Der am Dienstag, dem 26. d. Mts. in einem Graben der Schwartauer Chaujee bewußtlos aufgefunden und am selben Abend im hiesigen Allgemeinen Krankenhaus seinen Verletzungen erlegene Arbeiter ist nicht, wie zuerst angenommen wurde, überfallen worden, sondern seiner eigenen Unvorsichtigkeit zum Opfer gefallen, indem er in der Dunkelheit bei sehr stürmischem Wetter den Radfahrerweg benutzte und von einem Radfahrer umgerannt wurde. Der Radfahrer hat sich selbst gemeldet.

pb. Festgenommen wurden 3 hiesige Arbeiter, die aus einem Geschäftslager mehrere Zentner Ruhhörner gestohlen und an einen Produkthändler verkauft haben.

Der Deutsche Arbeiter-Abstinenzbund, Ortsgruppe Lübeck, hält am 29. November in Moisling, am 30. November in Schlutup, am 1. Dezember in Travemünde und am 2. Dezember in Stockelsdorf öffentliche Volksversammlungen ab mit dem Thema: Die moderne Arbeiterbewegung und der Kampf gegen den Alkoholismus. Referent ist Genosse Ernst Diez-Lübeck. Die Einwohner dieser Orte und deren Umgebungen mögen diese Gelegenheit nicht achtlos an sich vorbeigehen lassen. Den Vorträgen gegenüber, die noch bei vielen Arbeitern über die Alkoholfrage besteht, ist Aufklärung notwendig und die soll diese Vorträge bringen. Notwendig ist es, sich immer mehr mit der Alkoholfrage innerhalb der Arbeiterbewegung zu befassen, zumal die übergroße Masse der werktätigen Bevölkerung noch wenig in Wort und Schrift von diesem Problem vernommen hat. Daher wäre es wünschenswert, daß die organisierten Arbeiter und deren Frauen in diesen Versammlungen erscheinen. (Siehe Inserat.)

Die Öffentliche Trinkerfürsorgeanstalt Lübeck (Parade 1) hat ihre nächste Sprechstunde am Freitag, dem 29. d. M., abends 6—7 Uhr.

Neues Stadttheater. Aus der Kanzlei wird uns geschrieben: Durch Voranzeigen im Annoncenteil ist die am Sonntag, dem 1. Dezember d. J. stattfindende Aufführung der Wallenstein-Trilogie von Fr. v. Schiller mit Robert Nihil vom Deutschen Schauspielhaus in Hamburg als Gast bereits angezeigt. Robert Nihil, dessen außerordentliches Können hier schon wiederholt und zuletzt wieder anlässlich des Ensemble-Gastspiels des Deutschen Schauspielhauses in Hamburg mit dem Oskar Wildeschen Lustspiel „Bunbury“ bewundert werden konnte, gibt in der Darstellung des Wallenstein mit das Beste, was seine reiche Kunst zu geben vermag. Zu der Trilogie sei noch vermerkt, daß es sich um eine nur einmalige Aufführung handelt. Am Sonntag nachmittag wird Lorchings komische Oper „Zar und Zimmermann“ als 4. Volksvorstellung zum Einheitspreis von 75 Pf. pro Platz in Szene gehen. Die Verlosung der Plätze ist am Freitag und Sonnabend in den Abendstunden von 8—9 Uhr an der Theaterkasse, Biedergrube.

Ahrensböf. Einen starken Besuch hatte eine gestern im Lokale des Herrn Strehje abgehaltene Volksversammlung aufzuweisen. Ueber den Balkankrieg und seine Folgen referierte in eingehender Weise Genosse Stellung-Lübeck. Die bekannte Resolution fand auch hier Annahme. Sodann beschäftigte sich der Referent mit den heute stattfindenden Gemeinderatswahlen, zu reger Beteiligung an denselben aufrufend. Seine Ausführungen fanden auch bei den zahlreich erschienenen Bürgerlichen Anklang.

Neuborf. Sieg bei der Gemeinderatswahl. Bei der gestern stattgefundenen Gemeinderatswahl in der Landgemeinde Gutin siegte trotz aller Machinationen der Gegner die sozialdemokratische Liste. Die Bevölkerung auf dem Lande erkennt immer mehr, daß ihre Interessen in der Gemeinde wirkungsvoll nur von der Sozialdemokratie vertreten wird.

Hamburg. Mit einem Gerüst in die Tiefe gestürzt sind am Mittwoch mittag zwei am Neubau von Franz, am Doppelweg beschäftigte Maler. Die beiden Maler waren an dem Neubau auf einem Ausliegegerüst, einem sogenannten englischen Boot, tätig. Als sie sich außerhalb des Hauses befanden, brach der ins Freie ragende Teil des Gerüsts und stürzte mit den beiden Malern in die Tiefe. Während der eine Abgefürzte mit leichten Verletzungen davonkam, erlitt sein Unglücksgefährte schwere Verletzungen und mußte ins St. Georger Krankenhaus transportiert werden. — Ein Hamburger Volksschullehrer zum Ehrendoktor ernannt. Dem Volksschullehrer Georg Ulmer von der Volksschule, Böhmenstraße 13, ist von der Universität Basel der Titel eines Ehrendoktors verliehen. Georg Ulmer ist auch über seine Kollegen und über die Fachkreise hinaus bekannt als ein hervorragender Zoologe. Er ist, wie wir der „Pädagogischen Reform“ entnehmen, anerkannt als erste Autorität in Bezug auf die Kenntnis der Köcherfliegen (Trichopteren), einer ebenso interessanten wie formenreichen und schwierigen Insektengruppe. Neben seinen streng wissenschaftlichen Arbeiten findet Ulmer noch Zeit, den Popularisierungsbestrebungen auf naturwissenschaftlichem Gebiete zu dienen, indem er mit R. Höller zusammen die rühmlichst bekannte naturwissenschaftliche Bibliothek für Jugend und Volk herausgibt. Eines der letzten dieser Bücher, das die Wasserinsekten behandelt, ist von ihm selbst verfaßt. Wer Ulmer kennt, freut sich doppelt, daß dem trotz seiner reichen Kenntnisse liebenswürdigen und bescheidenen Manne diese Ehre zuteil wurde.

Kiel. Glänzender sozialdemokratischer Wahlsieg. Mittwoch, am ersten Tage der nach der neuen Bezirkseinteilung vorgenommenen Wahlen, gelang es der Sozialdemokratie, einen entscheidenden Sieg davon zu tragen. In vier Wahlbezirken sind dieses Mal 19 Stadtverordnete zu wählen und zwar sind sieben Mandate teils durch Ablauf der Wahlzeit, teils durch Ausscheidung erledigt, während in Folge der Erhöhung der Zahl der Stadtverordneten von 36 auf 48 zwölf Neuwahlen vorzunehmen sind. Die abgelaufenen resp. durch Ausscheiden erledigten Mandate waren sämtlich in bürgerlichen Händen. Am gestrigen ersten Wahltage waren die sieben ersten Wahlen zu erledigen. Hierbei errangen die Sozialdemokraten vier Sitze, während die Bürgerlichen sich mit drei Sitzen begnügen mußten. Von den Bürgerlichen sind gewählt: Reichstags- und Landtagsabgeordneter Hoff, sowie die Stadträte a. D. Kähler und Mumm. Von den Sozialdemokraten wurden die Genossen Biskup, Lauenstein, Christoffersen und Prüter gewählt, sodas bis jetzt 18 Sozialdemokraten und 18 Bürgerliche dem Stadtparlament angehören. Am heutigen Tage steht zu erwarten, daß sich die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter auf 24 erhöhen wird, sodas das Kieler Stadtparlament zur Hälfte aus Sozialdemokraten bestehen wird.

Oldenburg. Ärztliche Überwachung der Schulkinder in Oldenburg. Dem Landtage ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der für das Herzogtum die ärztliche Überwachung aller Schulkinder öffentlicher oder privater Schulen obligatorisch vorseht. Die Untersuchung durch den Schularzt soll mindestens einmal jährlich erfolgen. Den Schularzt stellt bei staatlichen Anhalten der Staat, bei Gemeindeschulen die Gemeinde; bei Privatschulen muß den Arzt der Eigentümer stellen. Die Vorlage entspricht einer ähnlichen Vorlage, die der Landtag im vorigen Jahre für das Fürstentum Vöhrsen annahm. Bei dieser Gelegenheit forderte der Landtag und namentlich die Sozialdemokraten auch die

gesetzliche Regelung der schulärztlichen Überwachung und Untersuchung für Oldenburg. Dilem Eruchen trägt der Entwurf nummehr Rechnung.

Bremen. Arbeitswilligen such. Die Feinde der Arbeiterbewegung liegen überall auf der Lauer. So hat die bremische Gewerkekammer, wie sie selbst in ihrer jetzt erschienenen Tätigkeitsbericht vom Januar bis November 1912 erzählt, eine Eingabe an die bremische Behörde gerichtet, in der eruchtet wird, daß die Polizei bei „Ausreitungen von Streikenden“ von den ihr zustehenden präventiven und repressiven Maßnahmen kräftigster als bisher Gebrauch mache. Weiter hat sie verlangt, daß bremischerseits im Bundesrat jede auf die Beseitigung der besagten Mißstände abzielende Maßregel auf das energischste unterstützt werde. Auch einen beschleunigten Gang des Strafverfahrens bei festgestellten Verstößen gegen § 153 der Gewerbeordnung hielt die Kammer für unerlässlich. Die Herren der bremischen Gewerkekammer gehören den liberalen Parteien an.

Soziales.

Die agrarische Volksversicherung. Der agrarische Generaldirektor Kapp ist seinem Ziele, eine Volksversicherung zu schaffen, die den Agrariern Mittel zur Verfügung stellt, um einen Schritt näher gerückt. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit fand in Berlin eine Sitzung statt, an der etwa 200 Personen teilgenommen haben; darunter die Abgg. Graf Schwerin-Löviz, Gräberger, Fakhender, Gieseler, Becker-Ursberg, Schiffer-Magdeburg, Gieshoff, Dr. Grüger, ferner Vertreter des Bundes der Landwirte, des Hanlabundes, des Zentralverbandes der Scharmacher, der christlichen Gewerkschaften, der „Gelben“ und des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie. Die verbündeten Regierungen hätten 82 Vertreter entsandt, der Reichsfanzler schickte ein Begrüßungsschreiben. Die Zusammenkunft dieser Versammlung allein läßt schon erkennen, wohin der Weg führen soll. Solange Gewerkschaften und Genossenschaften das Gebiet der Versicherung unbeachtet ließen, dachten die Reaktionsäre nicht daran, sich auf diesem Gebiete zu betätigen. Jetzt auf einmal macht alles in Volksversicherung. Die denkende Arbeiterchaft wird sich hüten, den Junkern Mittel zur Verfügung zu stellen, die durch ihre sauer verdienten Groschen aufgebracht würden, sie wird mit aller Macht für das eigene Unternehmen, für die „Volksfürsorge“ wirken. Reichsverbändler, Gelbe und Junker sind zu wohl bekannt, als daß ihnen die Arbeiterchaft ins Garna gehen könnte.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Schweinepriester. Der Erzpriester von Caravaggio, Don Leone Leoni, wurde im vorigen Jahre in Bergamo zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wegen eines an einem Knaben begangenen Sittlichkeitsverbrechens. Der Knabe gehörte einer streng katholischen Familie an und, um ganz im Stile zu sein, hatte der Geistliche zum „Ort der Handlung“ das Lokal des katholischen Vereins gewählt. Die Appellinstanz bestätigte das Urteil, aber der Kassationshof kassierte es wegen eines Formfehlers. Jetzt ist der Prozeß nun von neuem vor dem Mailänder Appellhof verhandelt worden und hat wieder mit der Verurteilung des Priesters zu vier Monaten Gefängnis geendet. Bemerkenswert ist, daß der Sittlichkeitsverbrecher von dem klerikalen Abgeordneten Cameroni verteidigt wurde. Während der Dauer der langen Phasen des Prozesses hat übrigens der Angeklagte nie aufgehört, bei der Familie des Opfers Pensionen zu machen, um die Zurückziehung der Klage zu erzielen. Diese Zurückziehung ist nach italienischem Recht in jeder Phase solcher Sittlichkeitsprozesse möglich, in denen nur auf Grund privater Anzeige vorgegangen wird. Daher wird so oft der reiche Sittlichkeitsverbrecher in armen Familien ein „Helfer in der Not“, und gar manche Klage wird zurückgezogen.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 27. November.
Weizen-Butter Wfd. 0,00—1,40 Mk., Meierei-Butter Wfd. 1,50 Mk., Safen 3,50—4,50 Mk., Enten 3,50—4,50 Mk., Führer 1,60—2,50 Mk., Küten Stück 1,60—2,30 Mk., Tauben Stück 60—70 Pf., Gänse Wfd. 85—95 Pf., Schinken Wfd. 1,20 Mk., Schweinskopf v. Wfd. 60 Pf., Wurst, geräuchert, Wfd. 1,80—1,60 Mk., Eier Stck. — u. 12 Wfd., Kartoffeln 10 Wfd. 40 bis 50 Pf., Spargel 1 Sorte — Wfd., 2. Sorte — Wfd., 3. Sorte — Wfd., Blumenkohl der Kopf 20—50 Pf., Kirchen, hiesige, Wfd. — Wfd., einschichtete, Wfd. — Wfd., Lebende Süßwasserfische: Schleie, Portionsfische Wfd. 1,40, größere Wfd. 1,10—1,20 Mk., Karopen, größere Wfd. 1,00 Mk., kleinere 90 Pf., Alal, große Wfd. 1,00 Mk., mittlere Wfd. 80 Pf., kleine Wfd. 60 Pf., Karauschen Wfd. 80 Pf., Sechte, große Wfd. 60 Pf., mittel Wfd. 70 Pf., Barsche Wfd. 60 Pf., Brachsen, gr. Wfd. 60—Wfd., kleine Wfd. 50 Pf., Mand Wfd. — Wfd., Rotaugen, große Wfd. 25 Wfd., kleine Wfd. 15 Wfd., Krebse Wfd. — Wfd., Salzwasserfische: Dorche, lebende Wfd. 30—35 Pf., frische Wfd. 25—30 Pf., Butte, größere Wfd. 30 Pf., kleinere 20 Pf., Steinbutt, lebende Wfd. 100 Pf.

Hamburger Steuergauz-Viehmarkt vom 27. November.
Auftrieb 1000 Schweine. Markt schlant geräumt. Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 83.— bis 84.— (60,50 bis 67,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 83.— bis 84.— (66,50 bis 67.— Mk.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 83.— bis 84.— (64,50 bis 65,50 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 83.— bis 84.— (64,50 bis 65,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 75.— bis 81.— (57,00 bis 61,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 79.— bis 80.— (63.— bis 64.—) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 72.— bis 78.— (56,00 bis 61.—) Mk.

Butter-Notierungen
d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.
Samburg, 27. November.
1. Klasse 322 Drittel zu 139,14 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 34 „ 126,94 Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: F. H. Schmarck, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Verkauf lebender Butt und Dorsch
 vom Boot aus
am Freitag, dem 29. November 1912
 von morgens 8 Uhr ab
 an der Holstenbrücke.

Durch Zufall zum 1. Januar eine
 kleine Wohnung an einzelne Leute
 zu vermieten. (5294)
 Schönbofenerstr. 10 pt. I.
 Eine leere Stube mit Boden-
 raum zum 1. Dezember oder später
 zu vermieten. (5296)
 Adolfsstraße 14.

Assicuranz-Branche.
 Suche für Lübeck und Umge-
 gend nachweislich tüchtigen
Akquisiteur
 für alle Branchen, gegen volle
 General-Agentur und Erwerb-
 provision sowie Figur.
 5107) **G. Lehmann.**

Der 3. M. hat sich nur ein billig
 zu verk. (5292) Altendammstr. 19 I.
 Ein **Wasserschiff** 3 Mk. und eine
 fast neue **Zücher** billig zu verkaufen.
 5293) Gertrudenstr. 23 III.
Grundstück m. gr. Garten u. gutg.
 Krämerei krankheitsf. billig z. verk.,
 pass. als Nebengeb. Off. u. R. G.
 an d. Grpd. d. Wl. (5295)
 I sehr gut erhaltener **Überzieher**,
 schlanke Figur, 5 Mk., Kaufstaben
 50 Pfg., **Zauberfäden** 50 Pfg.
 5297) Reiferstr. 50, pt.
 Ein großer **Spiegel** und glanz-
 miger **Petrolenleuchte** billig zu
 verkaufen. (5298)
 Broilingstraße 44. I. Eta. rechts.

Eine eiserne Kinderbettstelle
 zu verk. Rabenstr. 12a I.
 5304) (beim Heiligen-Geist-Kama.)
 5241 Kaufe jedes Quantum

Taubenmist
 p. Ztr. 1 Mk. **Hans Wulf**, Drögestr. 11.
Gesucht 1 gr. Ruppenwagen
 Offerten unter W. P. an die
 Grpd. d. Wl. (5305)
Voranzeige.
 Empfehle den geehrten Einwohnern
 von Seeres und Umgegend meine
 am 15. Dezember in Betrieb ge-
 nommene (5300)

Fleischräucherei.
M. Schauer, Seeresitz.

Zur Hauschlachtere
 für Stockelsdorf und Umgebung
 empfiehlt sich (5295)
H. Bünning, Gethorft.

Zigarren
 100 Stück 4²⁰ 4⁵⁰ 4⁷⁰ Mk.
Carl Wittfoot,
 4741 18 Huxstraße 18.

Johannes Holst
 Kohlmarkt 6, Markt 6.
Bettfedern und Dauen
 Pfd. 48, 95, 125, 160, 185,
 220, 285, 350, 400, 525.
Federstühle Inletts
 Meter 70, 125, 138, 158, 195
 4067) 2.10, 2.45, 3.00.
 Bevor Sie Ihren Bedarf an

Bettfedern
 decken, verlangen Sie Muster gratis
 und franko, und überzeugen sich
 über Güte und Billigkeit meiner
 Ware. (5187)
Niekerstr. 27 M. Otto Niekerstr. 27
 Dampfreinigung. Fernruf 555.

Erstklassig glänzendes
Fussbodenöl
 bei **Ferd. Kayser,**
 431) Breite Strasse 81.

Rechnungs-Formulare
 werden hergestellt in der
 Buchdruckerei des **Ver. Holstenstr.**
 2299) **Der Vorstand.**

**Kinder-
 „Erstlings-Wäsche“**



kaufte man am
 vorteilhaftesten bei
Gebrüder Hefti
 Lübeck
 Untertrave 11 1/2
 bei der Holstenstr.

Die Arbeiter-Garderoben
 aus dem Spezial-Geschäft von
 Lübeck **Otto Albers** Kohlm.
 Markt 4 **10**
 sind vorteilhaft bekannt durch
 gute Verarbeitung u. sehr billige
 Preise. U. a.:
 Lederhosen . . . 2.20-6.45
 Maurerhosen . . . 2.60-6.75
 Schloßerhosen . . . 1.88-5.25
 Überziehhosen . . . 1.08-2.35
 Zwirn-Hosen . . . 1.68-3.25
 Leinene Jacken, scharfe u. gerade,
 1.28, Kragen, Hemden, Schlachter-
 jacken, Friseurjacken, Malerärmel
 erstaunlich billig. Mägen von 30
 Pf. bis 1.88 Mk. **Note Lubecam.**

Heute
1 Brot zu 25 Pfg. gratis
 auf 1 Pfund Margarine
 „Regenta“ Pfund 1 Mk.
 „Merkator“ „ 90 Pfg.
A. Sommerfeld
 Geversdesstraße 7.

**Gesang-Verein
 der Zimmerer.**

**Außerordentliche
 Quartals-Versammlung**
am Freitag, d. 29. November
 abends 8 1/2 Uhr
 bei **Mehr, Hundesirabe.**
Tagesordnung:
Berichtungsfrage.
 Um zahlreiches Erscheinen bittet
 5303) **Der Vorstand.**

Tornhallen-Bauverein e. V.
General-Versammlung
am Freitag, dem 6. Dezember
 abends 8 1/2 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 58-52
Tages-Ordung:
 1. Geschäftsbericht und Entlastung
 des Vorstandes.
 2. Wahl des Vorstandes.
 3. Grundsatzentwurf.
 4. Haushaltsrechnung.
 5. Bericht des Aufsichtsrates.
 2299) **Der Vorstand.**

Oeffentliche Volks-Versammlungen:
Moising
 Freitag, den 29. November 1912, abends 8 1/2 Uhr, im Kaffeehaus der Frau Ww. Schreiber.
Schlutup
 Sonnabend, den 30. November 1912, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthaus „Zur Post“.
Travemünde
 Sonntag, den 1. Dezember 1912, nachmittags 4 Uhr, im „Kolosseum“.
Stockelsdorf
 Montag, den 2. Dezember 1912, abends 8 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus Paetau.
Tages-Ordnung:

1. Die moderne Arbeiterbewegung und der Kampf gegen den Alkoholismus.
 Referent: **Ernst Diez, Lübeck.**
2. Freie Aussprache. Zu zahlreichem Besuch ladet ein (5302)
Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund, Ortsgruppe Lübeck.

Achtung! Achtung!
 Infolge wiederholter Einladungen und Aufforderungen
 hiesiger verehrter Damen wird die vorzügliche Rednerin für
 Gesundheits- und Schönheitspflege, **Frau Else zur Linten**
 vom **Waldsanatorium Dybin**, auch hier einige hochinteressante
 und äußerst lehrreiche (5264)

Damen-Vorträge
 abhalten und zwar:
Freitag, den 29. November nachmittags 1/4 Uhr und
 abends 1/2 Uhr
Lübeck, Kolosseum, Kronsforder Allee
über: Was Frauen wissen müssen.
Wo liegt das Glück? Eheglück und Frauenglück.
 Warum sind so viele Frauen krank, unzufrieden und un-
 glücklich? Wodurch werden Frauen häßlich? Der Wert des
 Äußern in der Ehe, im Beruf und Gesellschaftsleben. Wie erhält
 sich die Frau die Liebe des Mannes? Was fesselt den Mann?
 Verhütung der Untreue. Die Kunst glücklich zu heiraten. Warum
 gönnt man der Frau so oft keine Erholung?
Charakter-Beurteilungen
 nach Gesicht- und Kopfform an anwesenden Damen. **Beseiti-**
gung der Schönheitsfehler, wie: schlechten unreinen Teint, bleiche,
 fahle Gesichtsfarbe, Gesichtsröte, trockene, spröde, schuppige Haut,
 Haarausfall, Sommersprossen etc.
Was Erwachsene über die Leiden unserer Frauen und
Töchter wissen müssen.
 Klippen und Abgründe in Liebe und Ehe. Geheimkrankheiten,
 deren Ursachen, Folgen und Verhütung; Quecksilber-, Jod- und
 Arsenitoxen, Ehrlich-Datagob. Was vererbt sich auf unsere Kinder?
Kur für Ungeheilte.
 Krankenheilung ohne Arzneien und ohne Operationen. Die
 Wärmekultur, eine frohe Volkshilfe für die leidende Menschheit.
 Selbsthilfe in Krankheitsnot.

Um auch Herren die Gelegenheit zu geben, diese hoch-
 interessanten Vorträge anzuhören, hält Herr **Dir. Uhlig** vom
Waldsanatorium Dybin über obiges Thema einen
Herren-Vortrag im selben Lokal
Freitag, den 29. November, abends 1/2 9 Uhr.
 Nach dem Vortrage: Diskussion und Fragebeantwortung.
 Eintritt 40 Pf., I. Platz 75 Pf., reserviert. Platz 1 Mk.
 Nur für Erwachsene über 18 Jahre.
 Die meist. Zeitungen berichten, daß die Vorträge in begeisternder
 Weise eine außerordtl. ausserordnende u. wertvolle Aufklärung bieten.

Krepelsdorfer Landkrug.
Ing. W. Wiese
Krepelsdorfer Allee.
Berchießen u. Muspielen
 von fetten Gänsen, Karpfen
 und Rauchfleisch
 auf einem Ziehbillard
 am **Sonntag, dem 1. Dezember.**
 Anfang 11 Uhr morgens.
 Einsatz 50 Pfg.
 Gierzu ladet freundlichst ein
 5291) **W. Wiese.**

VICTORIA
□ Lichtspiele □
Fünfhausen 17-19.
Heute neues Schlagerprogramm.
UNTER DER MASKE.
 Saharet in der Hauptrolle.
 5287) und das Ia. Programm.
 Sperrsitze 60 Pfg. I. Platz 50 Pfg.
 II. Platz 35 Pfg. III. Platz 25 Pfg.

Hansa-Theater.
 Dir. Gebr. Gollbach. Tel. 610.
Anfang 8 1/4 Uhr.
 Nur noch bis
Sonnabend, 30. Novbr.
Bravo - !!
Dacapo !!
 Die große Ausstattungsrevue
 in 6 Bildern.
Kabarett, Entree frei.
 5289) Ab 11 Uhr:
Das vorzügliche
erstklassige Programm.

Am Sonntag, d. 1. Dezember:
Premiere.
 Gastspiel **Harry Bienenstein**
 mit seinem
 urkom. Burlesken-Ensemble.
Katie Loisset, der weibliche
Sylvester-Schäfer.
Ludw. Puls
 der bek. Lübecker Humorist
 sowie die übrig. Spezialitäten.
Sonntag, nachm. 4 Uhr:
Gr. Volks- u. Fremdenvorst.
 zu kleinen Preisen.
Zum ersten Male!
 Sonntag nachm. von 1/2 4 Uhr
 an bis 7 Uhr:
Bier- u. Kaffee-Kabarett
 bei freiem Entree.
 Auftreten von **Ludw. Puls,**
Kurt Speyer usw.

Neues Stadttheater.
 Freitag, den 29. November:
 63. Vorst. i. Boll-Ab. 11. V. i. Freit.-Ab.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/4 Uhr.
Die Zarin.
 Schauspiel von Lengyel.
 Mittelpreise. (5301)
 Sonnabend, den 30. November:
 64. Vorst. i. Boll-Ab. 6. V. i. Sonnab.-A.
 Anfang 7 Uhr. Ende 11 Uhr.
Lohengrin
 Oper von Rich. Wagner.
 Große Preise.
 Sonntag, den 1. Dezember 1912
 nachmittags.

4. Volksvorst. Jeder Wag 75 Pfg.
 Die Plätze werden durch das Los
 bestimmt. Der Vorverkauf der
 Billets für diese Volksvorstellung
 findet am Freitag und Sonnabend
 von 8-9 Uhr an der Theaterkasse
 statt.
Zar und Zimmermann.
 Abends 6 Uhr.
Wallenstein-Trilogie
 von Fr. von Schiller
 mit Herrn Robert Hill vom Deutsch.
 Schauspielhaus in Hamburg a. G.

Bienenfleiß
 konkurriert nicht mit Kunsthonig,
 sondern mit echtem Bienenhonig.
Praktisches Weihnachtsgeschenk.

Herren-Schnürstiefel, Boy und Chevreau . . . von 8.00 bis 14.50 Mk.
Damen-Schnürstiefel, Boy und Chevreau . . . von 6.50 bis 13.50 Mk.
Knaben-Schnürstiefel, Boy . . . Größe 36-39 von 6.50 bis 8.75 Mk.
Knaben-Schnürstiefel, Boy . . . Größe 31-35 von 4.50 bis 6.75 Mk.
Kinder-Schnürstiefel Größe 27-30 von 4.25 bis 5.90 Mk.
Mädchen-Schnürstiefel Größe 31-35 von 4.50 bis 6.75 Mk.

Feinmarbige rindled. Schulstiefel f. Knaben
 Gr. 36-39 5.90 Mk., Gr. 31-35 4.90 Mk., Gr. 27-30 4.25 Mk.
 Sämtliche Artikel sind aus gutem Material hergestellt,
 daher sehr preiswert.

Führe auch **Luruschuhe, Gummischuhe, Filzschuhe** aller Art.
Heinrich Beckmann
 Reiferstraße 3.
 Rote Rabattmarken. Rote Rabattmarken.

Der
Neue-Welt-Kalender
 für 1913
 ist erschienen und seines reichhaltigen und guten Inhaltes wegen jedem
 unserer Leser sehr zu empfehlen.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Russisches aus Italien.

Eine eigenartige Behandlung mußte der französische Genosse Herve, der in Rom in einer Demonstrationsversammlung gegen den Krieg sprechen sollte, in Italien erleben. In der „Guerre Sociale“ erzählt Genosse Herve die Details der unerhörten Inzucht, die die italienische Regierung an ihm begangen hat. Es ist gar kein Zweifel daran möglich, daß die Gemeinheit vorbedacht war und daß die Schuld an ihr nicht nur untergeordnete Polizeiorgane tragen. Herve hatte seine Ankunft der italienischen Partei telegraphisch angezeigt, der „Avanti“ sie mehrere Tage vor dem Meeting bekanntgegeben. Handelte es sich der italienischen Regierung nur darum, Herve am Reden zu verhindern, hätte sie das der italienischen Partei einfach bekanntgeben oder auch Herve am Ueberstreifen der Grenze verhindern können. Aber selbst im Bahnhof in Rom, wo Vertreter der Parteileitung und der Lokalorganisation Herve erwarteten, geschah nichts. Herve erzählt weiter: „Am Hotelort tritt ein Mensch, den ich für einen Genossen halte, an mich heran und grüßt mich mit liebenswürdiger Miene. Ich glaube sogar, daß ich ihm die Hand gereicht habe. Es ist aber kein Genosse, sondern ein Polizeikommissar, der meinen zwei Begleitern auf italienisch sagt, daß man mir auf der Quästur eine Mitteilung zu machen hat. Die Quästur ist die Polizeipräfektur. Meine zwei Freunde begleiten mich. Unterwegs sagt mir der eine: „Die Quästur wird Ihnen irgend eine väterliche Ermahnung für das morgige Meeting angeheißt lassen und Sie liebenswürdig aufordern, nicht zu lustig zu sein.“ Vertrauensvoll folge ich dem Polizeibeamten. Meine Freunde dringen darauf, mich zu begleiten. Man bittet sie, zu warten, und führt mich zum Quästor. Durch eine lange Flucht von Gängen, die von Wachen und Polizisten überfüllt sind. Eine kleine Pforte öffnet sich auf eine menschenleere Straße. Ein Wagen erwartet mich. Ich steige ein, von drei Inspektoren umgeben, immer noch von meinem Beamten begleitet. Ich begreife, daß ich in eine Falle geraten bin. Uebrigens wir sind bei der Quästur. „Regina coeli“ — die Himmelskönigin — ein reizender Name für ein Gefängnis. Raun daß wir die erste Tür hinter uns haben, stürzt sich einer meiner Führer auf mich und tastet mich vom Kopfe bis zu den Füßen ab, um zu sehen, ob ich keine Waffen bei mir habe. Zwei andere Eisentore und ich bin in der Aufnahmestanzel. An der Mauer hängt das Bild eines Souveräns. Ich frage höflich, ob es das Porträt des Zaren ist. Er belehrt mich, es sei das des Königs Viktor Emanuel. Ich bin im Gefängnis, ohne auch nur verhört worden zu sein.“

Endlich wird Herve einem Verhör unterzogen, das ich aber auf die Aufnahme des Nationalen beschränkt. Der Beamte ist höflich, entschuldigt sich sogar und geht. Die Polizisten aber führen Herve in ein anderes Zimmer und fordern ihn auf, sich zu entkleiden! Er protestiert — man hält ihm das „Reglement“ entgegen. Er fordert, dem Gefängnisdirektor vorgeführt zu werden. Nach langem Suchen kommt irgend ein Beamter und bestätigt, daß die Leibbesichtigung Vorschrift sei. Herve fügt sich nicht, die Polizisten wenden Zwang an. Sie bringen es zwar nicht fertig, ihn zu entkleiden, aber sie durchsuchen ihm jede Tasche, nehmen ihm die Hosenträger, tasten das Kleiderfutter ab. Wenn sie auch

die Brutalität zu vermeiden streben, reißen sie ihm doch die Hosenschlinge ab, so daß er am nächsten Tage bei der Abweisung gezwungen war, seinen Hosen mittelst der Zwiefischur die moralische Haltung zu verleihen.

Nach der widerlichen Szene, die eine Stunde gedauert hat, steckt man Herve in eine abscheuliche Zelle, wo ein „hygienischer“ Eimer einen pestilenzialischen Gestank verbreitet. Und man gönnt dem Manne, von dem man weiß, daß er eine dreißigstündige Reise hinter sich hat, nicht einmal ein wenig Nachtruhe. Alle Viertelstunden öffnet sich mit großem Geräusch das Guckloch — der Soldat, der draußen die Runde macht, überzeugt sich, ob der Arrestant nicht Selbstmord verübt habe.

Aber das Maß der Gemeinheit ist noch immer nicht voll. Am nächsten Morgen, am Sonntag, heißt ein Gefängniswärter Herve folgen. Man führt ihn durch lange Gänge und über mehrere Höfe — ins anthropometrische Bureau. Die Szene vom Vorabend erneuert sich. Wieder fordert Herve, den Direktor zu sprechen. Es erscheint ein Polizeikommissar, der den Polizisten befiehlt, Herve mit Gewalt zu packen. Und nun erscheint eine groteske Persönlichkeit auf der Szene, ein „Gelehrter“, Herr Ottolenghi, Professor des Strafrechts auf der römischen Universität, ein Schüler Lombrosos. Da man ihm von Herves Widerstand Mitteilung gemacht hat, setzt er diesem, nach einer höflichen kollegialen Begrüßung, mit professoraler Würde aus einander, daß die Messung von politischen Verbrechern vom wissenschaftlichen Standpunkt ebenso interessant sei wie die von gemeinen Verbrechern und daß sie nichts Entehrendes an sich habe, da ja die französische Revolution die Gleichheit verkündet hätte.

Um ein Uhr mittags wird Herve ein Ausweisungsdekrete des Ministeriums des Innern eingehändigt. Und unter Polizeieskorte wird er an die Grenze zurückgebracht.

Man darf wohl begierig sein, zu erfahren, was die französische Regierung tun wird, um für diese nichtswürdige, durch nichts gerechtfertigte Behandlung eines französischen Bürgers Genugtuung zu erlangen. Die sozialistischen Deputierten werden sie sicher an diese Pflicht erinnern, wenn sie säumig sein sollte.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, 27. November 1912.

71. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Bethmann-Hollweg, Dr. Delbrück.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die

Wahl des Präsidenten.

Die Wahl erfolgt durch Stimmzettel. Abgegeben werden 371 Stimmen, davon 117 ungültige weiße Stimmzettel. Von den 254 gültigen entfallen auf den Abg. Kaempf (Dnt.) 190 Stimmen, den Abg. Dietrich (A.) 60 Stimmen, zerplittert sind 4 Stimmen.

Kaempf nimmt die auf ihn gefallene Wahl mit Dank an.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation Bajer mann über die auswärtige Lage und die Richtlinien der deutschen auswärtigen Politik.

Reichstanzler v. Bethmann-Hollweg erklärt auf die Frage des Präsidenten: Ich bin bereit, die Interpellation in der nächsten Woche zu beantworten und zwar, wie ich hoffe, in den ersten Tagen der nächsten Woche. Auch mir

liegt daran, auf die in der Interpellation gestellten Fragen baldmöglichst dem Reichstag Auskunft zu erteilen. Ich werde mir gestatten, dem Herrn Präsidenten den bestimmten Tag mitzuteilen, sobald ich das vermag.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt, ebenso die Interpellation Albrecht (SD.) betr.

die Teuerung,

zu deren sofortiger Beantwortung sich der Reichstanzler bereit erklärt.

Die Interpellation lautet:

„In der Reichstanzler bereit, zur Milderung der durch die exorbitante Teuerung hervorgerufenen schweren Belastung breiterer Kreise des Volkes Schritte zu tun, daß

1. die Einfuhrzölle auf Lebensmittel, insbesondere auf Vieh und Fleisch, aufgehoben werden;
2. die Grenzen für Einfuhr von Vieh und Fleisch unter Aufrechterhaltung der unerläßlichen Sicherheitsmaßnahmen gegen die Einschleppung von Seuchen geöffnet werden, und namentlich sofort die Einfuhr von irischem und zubereitetem Fleisch fast unmöglich machenden Bestimmungen beseitigt werden;
3. die Futtermittelzölle aufgehoben werden;
4. die Einfuhrscheine beseitigt werden.“

In Verbindung damit wird gestellt die Beratung des Gesetzesentwurfes betr. vorübergehende Zollerleichterungen bei der Fleischzufuhr, nachdem der Abg. Bebel (SD.) sein Einverständnis hiermit erklärt hat unter der Voraussetzung, daß ein von seiner Partei noch zu der Interpellation zu stellender Antrag mit zur Verhandlung und Abstimmung kommt.

Das Wort zur Begründung der Interpellation erhält

Scheidemann (SD.): Seit einer Reihe von Jahren haben wir die Fleischteuerung hier zur Sprache gebracht und Abhilfe verlangt. Regelmäßig wurde uns geantwortet, es handle sich ja nur um vorübergehende Erscheinungen, einmal werde sogar gesagt, an den Umständen sei nur der Fleischnotrummel schuld. Jetzt aber wird der Notstand bis in die Kreise der bessergestellten Beamten hinein empfunden und immer lauter ertönt der Ruf nach Abhilfe. Wer trotzdem noch daran zweifelt, wie es in der Wirklichkeit aussieht, mag es in den Gesichtern der Arbeiterfrauen und Arbeiterkinder lesen, und wer darin nicht zu lesen versteht, mag die Berichte über die Säuglingssterblichkeit lesen. Gewiß leiden nicht alle unter der Teuerung und nicht alle haben Verständnis dafür; sonst hätte in einer Zeit, wo Hunderte von armen Frauen des Nachts stundenlang vor den Fleischbänken ausharren, um am Morgen etwas minderwertiges Fleisch kaufen zu können, nicht von sehr hoher Stelle gesagt werden können, es sei kein Anlaß zur Unzufriedenheit. Auch der preussische Landwirtschaftsminister hat sehr merkwürdige Anschauungen bekundet. Er meinte, wir seien leider auf dem Wege, den Fleischkonsum zu verstärken. (Hört, hört! h. d. Soz.) Die Frauen und Töchter der Arbeiter müßten auch die Zubereitung der anderen Nahrungsmittel kennen lernen, jetzt kochen sie Fleisch und immer nur Fleisch. (Hört, hört! bei den Soz.) Wie schlecht kennt er das Volksleben, wie falsch ist er auch informiert, wenn er meint, die anderen Lebensmittel seien uns zu billig. Für die Arbeitermassen ist Fleisch geradezu zu einem Leckerbissen geworden. (Wachen rechts, leb! Entrüstungsrufe links.) Die Arbeiter müssen sich vorzugsweise von Kartoffeln und Hülsenfrüchten nähren, und da gibt Herr v. Schorlemer ihnen den Rat, ihre Frauen sollen besser kochen lernen! Seine Kenntnis des Volkslebens gleicht der jener Prinzessin, die auf die Klagen, das arme Volk könne kein Brot essen, meinte, es solle doch Kuchen essen. Herr v. Schorlemer hat seine Kenntnis wohl von dem bekannten Agrarprofessor bezogen, der auch meint, üppiges Essen sei in den Kreisen der Arbeiter zu einem Gegenstand des Prahlens und Hochmuts geworden, und die Arbeiterfrauen verständen nicht zu kochen, deswegen bevorzugen sie die Bratenstücke. (Heiterkeit bei den Soz.) Wäre das wahr, so wären die kleinen Beamten und Arbeiter längst verhungert, denn die Koteletts und die Bratenstücke, von denen so gesprochen wird, existieren nur in der Phantasie. Und ein

Das Ende vom Lied.

Sozialer Roman von Wilhelm Blos.

(Nachdruck verboten.)

Erstes Kapitel.

Das Geisterschloß.

Das war eine böse Nacht im Eichwald. Der Sturm ihr daher mit einem Heulen und Brausen, als sollten alle riesenhaften, kernigen Stämme entwurzelt werden, die seit Jahrhunderten dem Unwetter getrotzt. Krachend plitzten einzelne Nester ab, und hier und da gab auch ein moosch worderener Stamm den Stößen des Sturmwindes nach und el mit dumpfem Getöse in den moosigen Waldesgrund. Die Tierwelt hatte sich ängstlich verkrochen, aber dennoch war es lebendig, wie wenn tausend Geisterhände während an den riesen des Waldes rüttelten. Am Himmelsgewölbe ballte der Sturm schwarze Wolken zu Hauf, daß sie wie ein finsternes Gebirge hochaufgetürmt erschienen; dann zerriß er wieder mit wilden Stößen die Masse des Gewölk und jagte die Felsen in allen Seiten auseinander. Da trat dann plötzlich der eiche Mond hinter dem Gewölk hervor und warf seinen lben Strahl hinab in die Finsternis des unheimlich rauschenden und höhnenden Waldes. Aber wie erschrocken über die rrschöpfung, die eine rasende Windsbraut im Wald angehet, verkroch sich das Gestrüch plötzlich wieder hinter einer ungeheuren Wolke, die vor dem Sturme dahintrüb, und unklar lag von neuem auf dem Eichwald.

In solchen Sturm Nächten sieht die erregte Einbildungskraft des Volkes das wilde Heer durch die Lüfte fahren, und der furchtvolle Wanderer hört das Hufschall und Hurra der kriegsgesellen, das Knallen der Heßpeitschen, den gellenden rrm des Hüftorns und das Klaffen der wütenden Meute. Bergläubisch wirft er sich zur Erde und birgt im Moose n Angesicht, damit er den wilden Jäger nicht reizt und von n fortgeführt wird in dem höllischen Troß.

Aber auch wer frei ist von sinnbetörendem Gespensterublen, dem mag etwas unheimlich zumute werden in solch r Sturmnacht im Wald. Da fühlt sich der Mensch gar n, schwach und hilflos gegenüber den entfesselten Naturwalten und all sein Hochmut zerrinnt in ein Nichts, nn das tosende Unwetter sich über ihm und auf ihn entet.

ternd durch die Gebirgstäler. Da erleichterte sich die Wolkenlast; erst kamen dicke Tropfen hernieder und dann folgte ein strömender Regenguß, der binnen kurzem alles durchnähte. Auf den ausgefahrenen Waldwegen mit den tiefen Radspuren bildeten sich trübe Lachen, und die kleinen Gebirgshäbe schwallen mächtig an; durch die Schneisen schoß ein wildes Wasser hinab.

Bei solch grauem Unwetter sieht es sich ganz besonders behaglich in einer freundlichen und sicheren Stube; da soll man auch keinen Hund hinausjagen. So dachten wohl mit sehr bitteren Gefühlen die Menschen, die schuglos dem Ungeheim des Wettersturms preisgegeben in dem Walde umherirrten. Es waren ein Herr und eine Dame, die vom rechten Wege abgedrungen waren und den Ausgang aus dem Walde nicht mehr hatten finden können. So waren sie von der Nacht und von dem Unwetter überrascht worden.

Der Herr hatte den Kragen seines Mantels hoch hinauf und die Kreppe seines Hutes tief herabgeschlagen; die Dame hatte ihr Gewand hoch aufgeschürt, sodaß man die weißen Unterkleider durch die Nacht leuchten sah, wenn der Blitz das Dunkel des Waldes erhellte.

Beide strebten mühsam vorwärts gegen den Sturm; er hielt seinen Hut und sie ihr flatterndes Gewand.

„Ach“, röhnte er, „welch ein Unwetter! Ich bin naß bis auf die Haut. Und mit dem Weg kenne ich mich gar nicht mehr aus. Ich weiß mir nicht zu helfen. Werden Sie nur nicht böse, Fräulein Hermine!“

„Wie sollte ich Ihnen böse sein?“ meinte sie. „Sie sind doch kein Hexenmeister und Wettermacher; solche Dinge schreibt man doch eher bösen Weibern und Jungfrauen zu, wie ich eine bin.“

„Und Sie lachte hell auf.

„Und Sie können noch lachen in solchem Unglück“, jammerte er.

„Herr Meyer, Sie sind ein verzogenes Mutterjöhnchen“, entgegnete die Dame nicht ohne Spott. „Was ist uns denn für ein Unglück widerfahren? Wir werden ein wenig naß und erleben dafür ein prachtvolles Gewitter mit Sturm nachts mitten im Walde. Das ist doch einmal eine romantische Abwechslung in dem steifen und langweiligen konventionellen Leben, zu dem wir als Mitglieder der guten Gesellschaft nun einmal verdammt sind.“

„Solcher Romantik kann ich keinen Geschmack abgewinnen“, jagte er. „Meine neuen Stiefel sind gänzlich aufgeweicht.“

„Sie armer Mann“, spottete die Dame; „Ihre Mama wird Ihnen neue Stiefel machen lassen müssen.“

„Und mein neuer Anzug!“ fliegte Herr Meyer.

„Ich auch stark mitgenommen!“ lachte Hermine. „Wenn ich Zeit hätte, würde ich Ihr Elend beweinen. Aber ich habe mich auf den Weg besonnen, und sehen Sie, ich weiß nun, wo wir uns befinden, nachdem wir so lange in der Irre umhergetappt sind.“

„O, Sie wissen —“

„Freilich“, erklärte Hermine. „wir sind in der Nähe der Ruine Stolzenack; dieser Weg führt gerade darauf zu. Wir können dort Schutz gegen den Regen und den Sturm finden.“

„In der Ruine?“ fragte Meyer mit einem Tone, der bewies, daß er von diesem Gedanken gerade nicht sonderlich erbauet war.

„Guter Freund!“ rief Hermine durch den Sturmwind hinüber, „kann man auf Stolzenack unterfliehen?“

„Das könnten Sie wohl“, lachte der Bauer zurück, „aber es ist nicht geheuer drinnen.“

„So sagt mir doch“, rief Hermine, „wie weit — —“

Ein fürchterlicher Donnereschlag schnitt ihr das Wort ab, und der Bauer rannte, sich heurückend, davon.

„Wir müssen nun schon allein sehen, wie wir zurecht kommen“, erklärte Hermine. „Der Regenguß hört noch lange nicht auf.“

„Sie wollen wirklich in der Ruine Schutz suchen?“ fragte Meyer.

„Gewiß“, meinte Hermine. „Ich bin jetzt lange genug im Unwetter umhergelaufen. Sie werden sich doch nicht etwa vor Gespenstern fürchten? Kommen Sie nur; wenn Sie Mut haben, können Sie vielleicht ein verzaubertes Ritterräuflein erleben. Sie wissen ja, da muß man feuerspeiende Drachen und glohändige Kröten küssen, die sich dann mit einem Donnereschlag in schöne, vornehme und reiche Jungfrauen verwandeln und ihren Erlöser auf der Stelle heiraten.“

„Wie Sie nur so spotten mögen!“ seufzte Meyer. „Man denkt bei solch einem Hundewetter wirklich nicht ans Heiraten.“

Hermine lachte. Aber da standen sie vor der Ruine, und die Dame strebte ohne alles Zögern dem verfallenen Torweg zu, der in das Innere der alten Burg führte. Meyer mußte ihr wohl oder übel folgen, so ungern er es auch tat.

Die Burg, einst der Sitz eines weitlich berühmten ritterlichen Geschlechts, lag nur zum Teil in Trümmern. Die starke Ringmauer stand noch fast ganz; sie schloß der Zeit nicht minder zu trohen, wie früher dem feindlichen Geschick. In der Mitte erhob sich ein gewaltiger runder Turm, dessen

Mann mit solchen Anschauungen bekleidet einen Ministerposten! Immerhin erkannte auch er einen Notstand an. Ich kann auf die Ausführungen von Ziffern verzichten angesichts der Tatsache, daß der Notstand nicht mehr bestritten wird, daß auch das Reichsgesundheitsamt die Ansicht fundiert, daß die Fleischmenge nicht vorhanden ist, die das Volk absolut braucht, und daß unsere Landwirtschaft leider nicht in der Lage ist und in absehbarer Zukunft auch nicht in der Lage sein wird, unseren Verbrauch an Nahrungsmitteln vollständig decken zu können. Selbstverständlich haben wir Sozialdemokraten es für unsere Pflicht gehalten, alles zu tun, was wir konnten, um Abhilfe zu schaffen. Wir haben den Reichstangler daran erinnert, daß er den Reichstag einberufen müßte. Er hat darauf sofort, d. h. nach 23 Tagen (Hört, hört! bei den Soz.) geantwortet, die von der preußischen Staatsregierung ergriffenen Maßnahmen seien in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht, von diesen Maßnahmen würde der Entwurf des Gesetzes betr. vorübergehende Zollerleichterungen bei der Fleischzufuhr der Zustimmung des Reichstages bedürfen, unterliege jedoch zunächst der Beschlussfassung des Bundesrates. Wir Sozialdemokraten haben es für ganz selbstverständlich gehalten, daß die Volksvertretung in dem Augenblick zusammentreten muß, wo es im Interesse des Volkes dringend erforderlich ist. Zu seiner Zeit war die Einberufung des Reichstages dringlicher als zu der Zeit, wo selbst die Regierung von einer exorbitanten Teuerung gesprochen hat. (Lebh. Sehr wahr! bei den Soz.) Wir empfinden es als eines Kulturvolkes unwürdig, daß die Vertretung des Volkes in diesen schweren Zeiten nicht aus eigener Initiative zusammentreten können, sondern warten müssen, bis es der Regierung gefällig ist, sie zusammenzurufen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Alle, die ein Interesse an der Änderung der jetzigen Zustände haben, sollten deshalb mit verstärkter Energie darauf dringen, daß der Reichstag einflußreicher wird. Was die Regierung schließlich gegen die Teuerung getan hat, ist im Kern sehr mager. Die Einfuhr von Fleisch aus den Balkanstaaten wird erlaubt, drei Tage vor Ausbruch des Krieges. Wußte denn die Regierung gar nicht, was auf dem Balkan vorging? Mit dieser Erlaubnis stellt sich unsere Diplomatie ein außerordentlich klägliches Zeugnis aus. (Sehr wahr! bei den Soz.) Oder aber die Regierung hat gewußt, was auf dem Balkan vorging, und dann ist es noch schlimmer. (Sehr wahr! links.) Dann wurde es gestattet, unter einer Masse von Kautelen Schlachtrinder aus den Niederlanden mit besonderer Genehmigung einzuführen. Holland aber ist zurzeit garnicht mehr auf die Zufuhr von Vieh nach Deutschland eingerichtet. Ferner dürfen wir aus Belgien Fleisch käuflich lassen, einem Industriestaat ersten Ranges, der selbst Fleisch in großen Mengen aus Argentinien bezieht. (Hört, hört! links.) Also aus all den Ländern, die nichts können, dürfen wir uns Fleisch kommen lassen. Von ähnlichem Wert sind die anderen Bestimmungen, die alle den Stempel der Unvollständigkeit an sich tragen. Hinzu kommen noch eine Anzahl Bestimmungen über Larfismäßigungen, die aber in Preußen in der denkbar kleinlichsten Weise gehandhabt werden. Dem Berliner Konjunkturverein z. B., der eine Bevölkerung von mindestens 200 000 Menschen verlor, wurde diese Ermäßigung nicht gewährt. (Hört, hört! bei den Soz.) Ein solches Vorgehen trägt den Stempel kleinlicher Geizigkeit an sich. Die bedeutendste Maßnahme der Regierung ist der auch mit der Beratung stehende Gesetzentwurf. Er geht lange noch nicht weit genug und doch ist die Regierung seineinweg vom Bunde der Landwirte auf das wütendste angegriffen worden. Die Agrarier sehen schon das deutsche Volk mit argentinischem Fleisch und die Landwirtschaft mit Futtermitteln überhäuft. Dabei würde eine Ueberhäufung mit Futtermitteln ein Segen für die deutsche Viehzucht sein. (Sehr richtig! links.) Die „Deutsche Tageszeitung“ hat der Regierung wegen dieser geringfügigen Maßnahme nachgesagt, sie hätte der „demokratischen Hege“ nachgegeben, die sich „auf Lügen“ aufbaue. Nun, diese Hege, die sich auf Lügen aufbaut, ist die Not des Volkes. Leider erwartet die Regierung immer mehr den Eindruck, daß das lächerliche

Kriterium der Schnapphähne des Bundes der Landwirte mehr Eindruck auf sie macht, als der Notstand des Volkes. (Sehr wahr! bei den Soz.) Daß das, was geschehen ist, durchaus ungenügend ist, hat auch die ganze bürgerliche Presse mit Ausnahme des kleinen Häufchens um die „Deutsche Tageszeitung“ herum anerkannt. Die „Frankfurter Zeitung“ verlangte zur Bekämpfung der Teuerung die Regierung mit allen Mitteln der parlamentarischen Macht bis zur Verweigerung des Etats zu zwingen. Hoffentlich bringt die fortschrittliche Volkspartei endlich einmal den Mut auf, der

Rauern wohl zehn bis zwölf Fuß die sein mochten, und an ihn lehnten sich die zerfallenden Wohngebäude. Große Parteien waren noch recht wohl erhalten, und wenn auch die Fenster des Ritterpaales die meisten ihrer erblindeten Bekleidungen verloren hatten, so hätte man sich wohl ohne Mühe doch wieder wohllich einrichten können hier oben.
Dieses Dunkel lag auf der Burg. Als aber die beiden Jünglinge den Burghof betraten, dessen alles und ungleiches Pflaster der Regen bespülte, da saßen sie leidend aus dem Turme einen Lichtstrahl zu schauen.
„Was ist das?“ fragte Meyer. „Im Hiel der Bauer wieder ein, der gesagt hatte, daß es in dem alten Schlosse nicht gehen sei.“
Auch Hermine schloß ihr Herz schneller pochen. Aber sie hatte von jeher ihren Stolz darin gesetzt, müßig zu erscheinen, und so bezwang sie die Umwandlung von Furcht, die sie überkam.
„Sehen wir, was es ist!“ sagte sie mit erzwungener Ruhe und ging auf den Richtschimmer zu. Meyer folgte ihr.
Man sah die Turatruppe langsam erschüttert. Hermine hatte um ihren Mut völlig wiedergewonnen.
„Stimmen wir hinaus!“ rief sie, ihre Erregung niederzupressend. „Wirklich ist es interessant, auch einmal bei Geipenheim zu sein!“
Sie lächelte, und es klang merkwürdig in dem alten Turm. Es rauschte, und eine Fledermaus schob über ihren Köpfen dahin.
„Geben Sie acht, daß Sie Ihren nicht in das Feuer gerät“, warnte Meyer. „Sie bringen Sie dann nicht mehr heraus!“
„Hat Ihnen der Bauer vorhin gesagt?“ fragte Hermine leise.
Er antwortete nicht. Sie hingen vorzeitig etwa fünf oder sechs Minuten erwartend und sahen, daß das Licht aus einer Lärnung die Treppe herab fiel. Hermine trat ein und besah sich in einem kleinen und leeren Zimmer. Bei Tage konnte hier nur ein sehr spärliches Licht durch eine Schließkammer in der die der Bauer herabgingen. Die Deckung der Schließkammer war jedenfalls verriegelt, denn es pflanzte kein Licht durch das Gitter, obwohl die schwere Tür, deren Eisenbeschläge mit Eisen beschlagen waren, weit offen stand. In den Wänden des Zimmers standen zwei oder drei Bänke, das einzige Mobiliar, und in einer Nische stand sich eine kleine Lampe, wohlgeputzt mit Öl, deren Flamme den Raum wunderbar erleuchtete.
„Hier können wir ja gute Geister eine Zeitlang bereiten zu haben“, sprach Hermine zu dem Hori, um sich blühenden Meyer, aus dem wir das Ende des Unwissens ruhig abwarteten.“
(Fortsetzung folgt.)

Regierung die Mittel zu verweigern, dann werden wir sehen, ob die Regierung auch dann noch die für das Volk so unglückselige Politik des Bundes der Landwirte befolgt. Auch die Stadt Berlin, an deren Spitze jetzt der frühere Staatssekretär Dr. Wermuth steht, hat die Maßnahme der Regierung als ungenügend zurückgewiesen, und als Oberbürgermeister von Berlin läßt Herr Wermuth jetzt Sturm gegen dieselbe Politik, die er als Staatssekretär mitgemacht hat. Und umgekehrt verteidigt die Politik der Regierung jetzt als Staatssekretär Dr. Delbrück, der früher als Oberbürgermeister von Danzig gleichfalls Sturm gelaufen ist gegen diese Politik. (Hört, hört! und große Heiterkeit bei den Soz.) Wir verlangen die Aufhebung der Lebensmittelzölle und die Beseitigung der Grenzsperr unter den notwendigen Kautelen zur Fernhaltung der Seuchen. Die Krone setzt allem das System der Einfuhrzölle auf, durch das es unjeren Patentpatronen möglich ist, Fleisch und Brot nach dem Auslande billiger zu liefern als dem deutschen Volke. (Hört, hört! bei den Soz.) So schnell als möglich auch fort mit dem § 12 des Fleischbeschaugesetzes. (Beifall links.) Zwar hat der Landwirtschaftsminister v. Schorlemer auf einer Konferenz zur Bekämpfung der Fleischsteuerung gesagt, er stehe und falle mit dem § 12 des Fleischbeschaugesetzes, und auch der Ministerpräsident will mit diesem Paragraphen stehen und fallen und will niemals seine Zustimmung zu einer Abänderung desselben geben. Die beiden größten Minister, Herr v. Bethmann-Hollweg und Herr v. Schorlemer (Gr. Stt. links) klammern sich damit an einen Paragraphen, gegen dessen Schaffung sich 1898 die Regierung mit Händen und Füßen gestraubt hat. (Hört, hört! links.) Als der Inhalt dieses Paragraphen bei der Beratung des Fleischbeschaugesetzes von agrarischer Seite beantragt wurde, ließ die Regierung erklären, sie würde sich niemals auf einen Standpunkt hinstellen lassen, der das Gesetz in sein gerades Gegenteil verkehre. (Lebh. Hört, hört! links.) Der Regierungskommissar fügte hinzu, der Regierungsentwurf stehe und falle mit der Annahme dieses Antrages. (Hört, hört, links.) Er brachte gewichtige Bedenken gegen ihn vor, bezweifelte, ob die deutsche Landwirtschaft imstande sein werde, unseren gesamten Fleischbedarf zu decken, und stellte die Gefahr einer Fleischteuerung als die naturnotwendige Folge eines so weitgehenden Einfuhrverbotes hin. (Sturm. Hört, hört! links.) Ja, die Regierung ließ erklären, daß sie bei exorbitanten Fleischpreisen dann so gar gezwungen sein würde, die Grenzen zu öffnen. (Hört, hört! links.) Aber die Regierung fiel um. Im Plenum vertrat noch Graf Posadowsky ihren Standpunkt. Er warf den Agrariern vor, daß sie von dem wahren Zweck des Gesetzes überhaupt nicht gesprochen hätten. (Hört, hört! links.) Dieser Zweck aber war nach dem Grafen Posadowsky, dem Volke eines seiner wichtigsten Nahrungsmittel in möglichst gesunder Form zu erhalten. Graf Posadowsky konnte damals eine Denkschrift des Bundes der Landwirte vorlegen, in der ausdrücklich gesagt wurde, daß es dem Bund der Landwirte nicht zu tun war um eine Versorgung des deutschen Volkes mit gesundem Fleisch, sondern um eine Generalprobe für die kommenden Kämpfe um den Zolltarif. (Sturm. Hört, hört! links.) Graf Posadowsky griff diesen theatralischen Vergleich mit der Generalprobe auf und erklärte, daß die Regierung für eine solche Generalprobe nicht zu haben wäre, sondern nur das tun werde, was sie vor dem deutschen Volke verantworten könne. (Hört, hört! links.) Trotz dieser ursprünglich ehrlichen Absicht hat die Regierung nachher etwas getan, was sie vor dem Volke nicht verantworten konnte. (Lebh. Zustimmung links.) Der Landwirtschaftsminister sieht und fällt mit dem § 12 des Fleischbeschaugesetzes. Durch den § 12 aber würde es möglich sein, Fleisch nach Deutschland zu schaffen. Ich tausche den § 12 mit dem Landwirtschaftsminister gern ein für landwirtschaftliche Doppelzentner gepökeltes Fleisch. (Sturm. Stt., lebh. Zustimmung links.) Wenn es davon abhängt, möge Herr v. Schorlemer nur möglichst rasch von der Ministerbank verschwinden. (Lebh. Zustimmung links.) Das vom Grafen Posadowsky aufgegriffene Wort wollen wir in die Massen werfen und ihnen sagen:

Mit Euch spielt man Komödie.
Man will Eure Gesundheit schonen und denkt dabei an den eigenen Geldbeutel, man spricht von der Fernhaltung kranker Fleisches und meint die Fernhaltung ungesunder Konkurrenz. (Sehr wahr! bei den Soz.) Selbst wenn aber die Regierung alles akzeptieren würde, was wir gegen die Fleischsteuerung verlangen, dann bliebe ihr immer noch ein Hintertüchlein. Auf Grund eines Paragraphen des Viehseuchengesetzes kann nämlich die Regierung die Einfuhr solcher Gegenstände nach Deutschland verbieten, durch die Bakterien übertragen werden können, und zwar nicht nur für Länder, in denen eine Seuche existiert, sondern auch in denen nach Erfahrungen der letzten Jahre eine Seuche anzunehmen ist. (Hört, hört! links.) Also, selbst wenn die Regierung jetzt unseren Forderungen nachkommen würde, der Sturm der Bundes der Landwirte würde beginnen und es würde zwei, höchstens drei Wochen dauern, obwohl ich eine solche Standhaftigkeit unserer Regierung gar nicht zutraue. (Heiterkeit links.) und auf Grund dieses Paragraphen würde die Wabe zugemacht werden. Das deutsche Volk ist förmlich in einem großen Spinnengewebe eingezwängt. Angefichts dieser Tatsache können Sie es was nicht verzeihen, wenn wir der Regierung auch nicht die geringste Spur von Vertrauen entgegenbringen. Wenn wir für die Einfuhr argentinischen Gefrierfleisches eintreten, dann tun wir das wahrlich nicht aus Begeisterung für dieses Gefrierfleisch, sondern nur notwendiger, weil die Landwirtschaft das deutsche Volk nicht mit Fleisch versorgen kann. Das Volk soll sich fassen können. Es soll nicht neben der Erbarmlichkeit seiner Wohnungen nur auch noch die Unterernährung haben. Herr v. Heidebrand ist ja mit uns darin einig — ein selbster Fall (Stt.) — daß die Gemeinden für die Versorgung ihrer Bevölkerung mit Nahrungsmitteln eintreten sollen. Wer A sagt, muß auch B sagen. Dann muß auch Herr v. Heidebrand Arm in Arm mit mir (Sturm. Stt.) für ein freies Wahlrecht zu den Gemeindevertretungen eintreten, und es muß vor allem auch in Preußen für ein freies Wahlrecht gefordert werden. Ein freies Wahlrecht in den Gemeinden ist nur möglich, wenn für Preußen ein anderes Parlament geschaffen ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Was die Fleischsteuerung anlangt, so wissen wir, daß sie sehr schnell dabei waren, wenn es galt, die Preise zu erhöhen, und daß sie nur langsam folgten, wenn die Preise herabzuziehen. Wir haben sie trotzdem in Schutz genommen, wenn von agrarischer Seite nur alle Schuld auf den Zwischenhandel geschoben wurde. Wenn aber jetzt die Fleischsteuerung in Sachen z. B. so weit geht, daß sie keinen Gewinn mehr beschaffen wollen, der sich in bezug auf die Fleischversorgung in den Dörfern einer Stadtverwaltung geltend macht, so ist das ein ganz unerhörtes Verhalten. (Lebh. Zustimmung links.) Hoffentlich kommen die Fleischsteuerer zur Einsicht, sonst wird der Zorn des Volkes sich gegen sie richten gegen die Agrarier. (Sehr richtig! bei den Soz.) An die Regierungen und die Reichheit des Hauses aber möchte ich die Mahnung richten, keine Entschädigung zu fordern, die den Eindruck erwecken könnte, als würde mit der Geduld des Volkes gespielt. Das deutsche Volk kann ertragen, was vielleicht kein anderes Volk ertrüge. Aber man darf den Dogen nicht überpassen. Das Volk leidet Not in jeder der kapitalistischen Produktionsweise. Das Volk in Deutschland aber darbt noch ganz besonders infolge der agrarischen Schöpfung. Wir wissen, daß Sie aus den jetzigen Zuständen keine durchgreifende Hilfe leisten können.

Politische Freiheit und Gleichheit, Wohlfahrt für alle kann nur der Sozialismus schaffen. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Aber Sie können die größten Notstände beseitigen. Tun Sie das nicht, der Schaden meiner Partei wird es gewiß nicht sein. Aber es sollte sich hier nicht darum handeln, an die Interessen einer Partei zu denken, sondern jeder sollte nach dem Grundsatz handeln: des Volkes Wohl ist das höchste Gesetz! (Unhaltender Beifall bei den Soz.)
Reichstangler v. Bethmann-Hollweg: Wenn die Sozialdemokraten das Volk in bezug auf die Fleischsteuerung verströhen wollen, auf den Eintritt der sozialistischen Produktionsverhältnisse, und Abhilfe suchen in dem Umfange unserer Wirtschaftspolitik, dann sind das undurchführbare Forderungen (Widerspr. bei den Soz.) Auch die Mehrheit des Reichstages wird für eine Abänderung unserer Wirtschaftspolitik nicht zu haben sein. (Zust. rechts.) Daher ist Ihre Forderung (zu den Soz.) nach Aufhebung der Lebensmittelzölle ein Ding der Unmöglichkeit. (Sehr richtig! rechts.) An unserem Wirtschaftssystem werden wir festhalten. Möge sich der Herr Abg. Scheidemann und seine Fraktion doch einmal Rat holen bei seinen eigenen politischen Gesinnungsgenossen, die das Studium von Wirtschaftfragen zu ihrer Lebensaufgabe machen. (Lachen bei den Soz.) Die Aufsätze in Ihren „Sozialistischen Monatsheften“ (Wahl bei den Soz.) — ja, gewiß, meine Herren, das ist Ihnen sehr unangenehm; ich habe häufig Freude an den Aufsätzen von Schippel, Calver und Schulz. (Unruhe bei den Soz.) Oder meinen Sie, daß die Herren Nichtswisser sind. Das behaupten Sie nicht. Diese Herren führen doch Gründe an für unsere Wirtschaftspolitik, die weit von dem absteigen, was uns heute Herr Scheidemann vorgetragen hat. Nach ihm sollen die Lebensmittelzölle eingeführt werden sein, um die Taschen einzelner Großgrundbesitzer zu füllen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wie können Sie vor dem Deutschen Reichstag eine so kleine Auffassung vertreten? (Lachen bei den Soz.) Als wir vom Freihandel zum Schutzzoll übergingen, litt unsere Landwirtschaft unter einer Krise, die stärker war als je eine industrielle Krise. (Hört, hört! rechts.) Sie fordern, wir sollen die Grenzen öffnen. Herr Scheidemann hat seine satirische Kritik daran geübt, daß wir die Grenzen auch gegen die Balkanstaaten geöffnet haben, und hat die billige Bemerkung daran geknüpft, daß wir doch während eines Krieges von den Balkanstaaten kein Fleisch bekommen könnten. Wir sind bei der Öffnung der Grenzen so weit gegangen, wie möglich. Wenn wir aus dem Balkanländern wegen des Krieges, aus den Niederlanden aus anderen Gründen kein Fleisch bekommen können, so liegt das eben an den realen Verhältnissen. Herr Scheidemann hat bei der Erörterung der Entstehungsgeschichte des § 12 des Fleischbeschaugesetzes auf Ausführungen des Grafen Posadowsky zurückgegriffen, wir haben durch diesen § 12 dem deutschen Volke einen großen sanitären Schutz gewährt, der uns etwa 30 Millionen Mark kostet. (Hört, hört!) Auf den sanitären Schutz werden wir nicht verzichten wollen. Sie werden aber auch nicht der Regierung zumuten können, das inländische Fleisch schärfer zu behandeln als das ausländische. (Sehr richtig! rechts.) Das wäre doch eine Ungerechtigkeit, und Sie wollen doch eine gerechte Politik. In engster Verbindung mit dem Fleischbeschaugesetz steht natürlich das argentinische Fleisch. Herr Scheidemann will den § 12 preisgeben, wenn er dem deutschen Volk unbegrenzt Fleisch aus dem Ausland zuführen könnte. Ganz richtig, aber, wir müssen uns doch darüber klar werden: wollen wir das Ziel weiter verfolgen, unser Volk aus der Produktion der eigenen Landwirtschaft mit Fleisch zu versorgen, oder wollen wir dieses Ziel aufgeben? (Sehr richtig! rechts.) Nur das eine oder das andere ist möglich. (Sehr wahr! rechts u. im Str.) Es ist der deutschen Landwirtschaft gelungen, den Fleischbedarf des Inlandes in immer erhöhtem Grade aus der eigenen Produktion zu decken. (Sehr richtig! rechts, lebh. Widerspruch bei den Soz.) Herr Scheidemann hat weiter gemeint, für den deutschen Arbeiter sei das Fleisch ein Lederbissen. Wer so etwas behauptet, ist mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht vertraut. (Lebh. Widerspruch bei den Soz. Widerspruch rechts.) Daher bei den gegenwärtigen Fleischpreisen sich in sehr empfindlicher Weise einschränken muß, bedauere ich genau so wie Sie, das geht aber nicht nur dem Arbeiter, das geht weit in dem Mittelstand hinein so. (Lebh. Zustimmung rechts.) Aber die Herren, sollten nicht so übertrieben, als nagten die deutschen Arbeiter am Hungertuch. (Sehr richtig! rechts.) Ja, wir alle, gehören zum Volk. (Lebh. Zustimmung im Str. und rechts.) Es ist durchaus nicht nachgewiesen, daß die Einführung von Gefrierfleisch unserer eigenen Viehzucht nicht schaden würde. (Sehr richtig! rechts.) Schaden würde sie namentlich der deutschen Schweinezucht, die zu 75 % von den Haushaltungen bis zu 20 Hektar unterhalten wird. Gerade daraus ziehen die kleinen Landwirte den größten Teil ihrer Einnahmen. (Sehr richtig! rechts. Unruhe bei den Soz.) Wir dürfen unsere Landwirtschaft nicht einer übermächtigen großkapitalistischen Konkurrenz des Auslandes aussetzen, die mit sehr viel geringeren Kosten produziert. Jede Regierung, die diesen Weg betreten würde, würde an den Kurzen unserer Landwirtschaft nagen. (Stt. bei den Soz.) Bereits im vorigen Jahre habe ich mich gegen die Aufhebung oder Suspension der Zollerleichterungen ausgesprochen; in diesem Jahre, wo wir eine sehr gute Futterernte, eine Refordernte an Futtermitteln hatten, muß ich dieses in doppelter Weise tun. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz. Beifall rechts und in der Mitte.) Die Einfuhrzölle sind aufs engste mit den Handelsinteressen verknüpft, ihre einfache Aufhebung kann daher unmöglich zum Ziel führen. Unsere praktischen Maßnahmen hatte auch Abg. Scheidemann als unzulänglich kritisiert, doch hat er selbst zugestanden, daß die gegenwärtigen Teuerungsvhältnisse leider von internationalen Charakter sind. Deshalb sind wir in den Abhilfemaßregeln beschränkt. Immerhin glaubten wir, in der Mitarbeit der Kommunen ein Mittel zu finden, um auf eine Stabilisierung der Fleischpreise hinzuwirken. Weisfichtige Kommunalverwaltungen haben schon vorher durch eigene Maßnahmen auf eine Herabdrückung der Fleischpreise hinzuwirken versucht, z. B. Ulm, Köln u. a. Rund 70 deutsche Städte haben von den Erleichterungen des Fleisch- und Viehfleischgebrauch gemacht, und überall sind die Fleischpreise dadurch gelenkt worden, zum Teil in bedeutender Weise. Die Kommunen müssen aber einen Zusammenhang mit der inländischen Landwirtschaft herzustellen suchen. (Sehr richtig! rechts.) Sie sollten mit landwirtschaftlichen Organisationen Abmachungen über mehrjährige Preisänderungen von Fleisch und Vieh treffen, um so eine Stabilisierung der Preise herbeizuführen. Mit meinem Dank an die deutschen Kommunen, die in tatkräftiger Weise eingegriffen haben, verbinde ich die Bitte, daß sie durch direktes Ansprechen mit den landwirtschaftlichen Organisationen, ein weiteres tun möchten. (Beifall rechts.) Dem Zweck der Tätigkeit der Kommunen zu unterstützen, dient auch der vorerlegte Gesetzentwurf, um dessen Annahme ich bitte. Es handelt sich bei ihm nicht um eine Zollherabsetzung, oder um eine Zollsuspension, sondern darum, den Städten, welche auf eine Besserung des Fleischmarktes hinwirken wollen, in der teilweise Rückerstattung von Zoll eine pekuniäre Hilfe zu gewähren. Ich kann den deutschen Reichstag nur bitten, wie bisher, so auch in Zukunft in dem deutschen Bauernstand und der deutschen Landwirtschaft ein festes Fundament unseres Staates zu sehen. (Lebh. Beifall rechts, starkes anhaltendes Zischen bei den Soz.)
Auf Antrag v. A. S. e. r. m. a. n. (M.) wird die Besprechung der Interpellation in Verbindung mit der ersten Beratung

des Geschehens betr. vorübergehende Zollerschöpfung bei der Fleischimportation beschlossen.

Ferner liegt folgender Antrag Fischer (Soz.) vor: „Der Reichstag wolle beschließen: Die Behandlung der Feuertarfrage durch den Reichskanzler entspricht nicht den Anschauungen des Reichstages, insoweit der Reichskanzler nicht die Öffnung der Grenzen zur Einfuhr von Schlachttier voransetzt hat, insoweit er nicht die Suspendierung der Zölle auf Schlachttier, Fleisch und Futtermittel verlangt, insoweit er nicht die vom Reichstag am 20. März 1912 geforderte Abänderung des Gesetzes betr. die Schlachttier- und Fleischbeschau in die Wege geleitet hat, um die Einfuhr von Geflügelfleisch zu ermöglichen, insoweit er erleichternde Maßnahmen für Schlachttier- und Fleischbezug nur für bestimmte Arten von Gemeinden ermañcht hat.“

Der Antrag wird geneigt unterstñt.
Giesberts (Z.): Es war mir nicht erklärlich, warum die Sozialdemokraten nicht, als der Reichskanzler die „Sozialistischen Monatshefte“ erwähnte, zumal doch eine ganze Reihe angelegener Sozialdemokraten an diesem Blatte mitarbeiten. — Unter der mangelhaften Ernährung leidet die Gesundheit des Volkes. Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß die Landwirtschaft durch Abschluß langfristiger Verträge mit den großen Städten auf Lieferung billigen Fleisches zur praktischen Mitarbeit bereit ist. Die hohen Produktionskosten der Landwirtschaft sind eine der hauptsächlichsten Ursachen der Preissteigerung. Die Maßnahmen der Reduktion hätten besser gewirkt, wenn sie früher gekommen wären. Die Vereinfachung der landwirtschaftlichen Zölle wäre der Ruin der deutschen Landwirtschaft, wodurch auch die Arbeiter schwer geschädigt würden. Die Vereinfachung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes wäre bedenklich, solange nicht der Beweis erbracht ist, daß die Vieferzeugung verdorbenen Fleisches auch dann noch unmöglich wäre. Die Zulassung argentinischen Fleisches würde unseren Fleischkonsum im erhöhten Maße vom Ausland abhängig machen; selbstverständlich würde das Ausland dann auch bald die Preise erhöhen. Daß die deutsche Landwirtschaft den einheitlichen Bedarf nicht decken kann, kann man nur behaupten, wenn man von einseitigem Haß gegen den Schutz zoll geleitet ist. (Sehr wahr! rechts.) Die Bauern haben gar kein Interesse an hohen Preisen, sondern an stabilen Preisen, die die Produktionskosten decken. Das Einfuhrschutzzoll ist in seiner gegenwärtigen Ausdehnung freilich bedenklich. Zu verurteilen ist auch die jetzt teilweise aufkommende viellose Landwirtschaft, die Landwirtschaft muß vielmehr alles tun, um auch in Zukunft die Bevölkerung trotz ihres Wachstums mit Fleisch zu versorgen. Seit 1905 reden wir von der Fleischsteuerung. (Abg. Gothein: Und es ist immer schlimmer geworden!) Das liegt wohl daran, daß man die Frage zu sehr vom parteipolitischen Gesichtspunkt behandelt; es handelt sich aber um eine Lebensfrage der Nation, die jenseits der parteipolitischen Gegensätze liegt. (Bravo! im Zentrum.)

Weinböck (K.): Die deutsche Landwirtschaft ist an der gegenwärtigen Leuerung nicht schuld, sie ist auch durch aus imstande, den Fleischkonsum der Bevölkerung zu decken. In einer Zeit, in der alle Preise steigen, in der die Gehälter der Beamten erhöht werden, muß auch die Landwirtschaft bei den erhöhten Produktionskosten ihre Preise erhöhen. (Sehr richtig! rechts.) Daß die Regierung eingegriffen hat, um der Bevölkerung über eine Krise hinwegzuhelfen, billigen wir; doch sollten die Kommunen nicht die ausländische Fleischproduktion, sondern die inländische stärken. (Zust. rechts.) Den vorgelegten Gesetzentwurf lehnen wir ab, denn er bedeutet einen Einbruch in den Zolltarif von 1902. (Beifall rechts.)

Dr. Böttger (M.): Unsere nationale Wirtschaftspolitik hat sich durchaus bewährt. Freilich ist die Leuerung nicht nur vorübergehend, und die Regierung hätte mit den Abhilfemaßnahmen nicht so lange zögern sollen; auch sollten kleinere Städte berücksichtigt werden. Mit unserer Fleischversorgung wollen wir vom Ausland nicht abhängig werden, und deshalb lehnen wir eine Milderung des Fleischbeschaugesetzes zugunsten des argentinischen Geflügelfleisches ab. Wir müssen vielmehr die Milch- und Fleischproduktion im Inland heben und die Preisbildung gesünder gestalten. Wir stimmen allen Maßnahmen zur Hebung der Bodenkultur besonders durch innerer Kolonisation bei. Lehnen aber jede Durchbrechung der jetzigen Schutzpolitik ab. (Bravo! bei den Natl.)

Das Haus verläßt sich.

Wassermann: Der Antrag der Sozialdemokraten zur Interpellation läßt durch seine Fassung erhebliche Zweifel über seine Zulässigkeit auftauchen. Ich möchte deshalb meinen Widerspruch dagegen ankündigen, ohne daß heute eine Abstimmung darüber zu erfolgen braucht. Der Antrag enthält eine längere Spezialisierung oder Begründung, denn man könnte ebenso gut statt des Wortes „soweit“ stehen „weil“. (Widerpruch b. d. Soz.) Wenn wir solche Begründungen zulassen, so könnte das zu den erheblichsten Konsequenzen führen, so könnte z. B. bei den Interpellationen zur auswärtigen Politik ein vollständiges Programm für die auswärtige Politik auf diese Weise zur Abstimmung gebracht werden. So war die Sache nicht gemeint. (Sehr richtig! b. d. Natl.)

Daase (Soz.): Ich halte diese Zweifel nicht für begründet. Die Interpellation besteht aus 4 Zeilen. Die Antragsteller hätten ebenso gut jeden Teil in Form einer eigenen Interpellation einbringen können, und dann hätte sich an jede dieser 4 Interpellationen ein zulässiger Antrag knüpfen können. Die Geschäftsordnungskommission war einmütig der Ansicht, daß die Worte, es „entspreche“ oder es „entspreche nicht“ das Vorgeben der Regierung den Anschauungen des Reichstages, nicht für einen solchen Antrag vorgeschrieben seien. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Graf Westarp (Konf.): Aus dem Wortlaut der Bestimmungen der Geschäftsordnung müssen wir die Zulässigkeit des Antrags folgern. (Hört, hört! bei den Soz.) Hier rückt sich eine frühere Unterlassung der Parteien. Wenn die Bestimmung jetzt im Sinne des Abgeordneten Wassermann interpretiert werden soll, so sind wir gern dabei.

Dr. Frank (Soz.): Die Auffassung des Abg. Wassermann hätte zur Folge, daß nach Interpellationen lediglich eine Abstimmung über die Gesamtpolitik des Reichskanzlers möglich wäre. Es kann sehr wohl Zeiten geben, in denen wir eine solche allgemeine Formel für richtig halten. Bei diesem Thema aber soll es festgestellt werden, inwieweit einzelne Handlungen oder Unterlassungen der Regierung vom Reichstag gebilligt werden oder nicht. Unser Antrag hält sich in den Grenzen des Interpellationsrechtes und ist zulässig. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Gröber (Z.) legt die Bestimmung der Geschäftsordnung dahin aus, daß solche Spezialisierungen, wie sie im sozialdemokratischen Antrag enthalten sind, vermieden werden müssen.

Lebedour (Soz.): Man muß schon das Sprungvermögen des Herrn Wassermann besitzen (Heiterkeit), um aus unserem Antrag eine Begründung herauszulesen. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abgeordneten Wassermann und des Grafen Westarp schließt die Geschäftsordnungsdebatte.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Fortsetzung der Besprechung der Interpellation.)
Schluß: 6 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. In Ergänzung unserer gestrigen Notiz über die Beschlüsse der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion teilen wir noch mit, daß zu der fortschrittlichen Interpellation Abt. 13 und Gen. betreffend das Koalitionsrecht der Militärarbeiter für die sozialdemokratische Fraktion, die Genossen Pöhlle und Bauer sprechen werden. Als Redner zum Etat wurden bestimmt: Ledebour, Dr. David, Daase und Dr. Frank.

Sind die Toten gefährdet? Die Parteigenossen in Striegau (Schlesien) hatten für den Totensonntag in einem Saale der Stadt eine Totenfeier arrangiert. Die Gedendrede zu halten, hatte der Abgeordnete des Kreises, Genosse Feldmann, übernommen. Während die Sänger ein stimmungsvolles Lied vortrugen, wurde dem Vorsitzenden ein amtliches Schreiben übergeben folgenden Inhalts:
„Amtsanwalt
Nr. 581/12.
Striegau, 24. Novbr. 1912.“

An Herrn Kolporteur Lanzer, hier, als Einberufer der heutigen öffentlichen Versammlung im Fürst Bismarck oder seine Vertreter.

Da ein gewisser Verdacht vorliegt, daß die öffentliche politische Versammlung im Fürst Bismarck eine Zuwiderhandlung gegen die Gesetze in sich schließt, ersuche ich um Einräumung eines Platzes in der Versammlung. Mein Anspruch stützt sich auf § 144.2 Gerichtsverfassungsgesetzes. v. Martius, A.-Anwalt.

Zum besseren Verständnis wollen wir hier den Absatz 2 des § 144 des Gerichtsverfassungsgesetzes wiedergeben, er lautet:

„Ein unzulässiger Beamter der Staatsanwaltschaft hat sich denjenigen innerhalb seines Bezirks vorzunehmenden Amtshandlungen zu unterziehen, in Ansehung welcher Gefahr im Verzuge obwaltet.“

Der Herr Amtsanwalt hatte sich bereits eingefunden und harrete der Dinge, die nun kommen sollten. Gen. Feldmann setzte dem Beamten auseinander, daß er in dieser Versammlung umso weniger etwas zu suchen habe, als bereits zwei überwachende Beamte anwesend waren; wenn er dagegen als Privatperson anwesend bleiben wolle, so sei dagegen nichts einzuwenden. Der Amtsanwalt war zunächst nicht bekehrbar, er leitete für sich das Recht der Überwachung immer wieder aus dem Gerichtsverfassungsgesetz ab, ohne aber angeben zu können, worin denn die von ihm befürchtete „Gefahr im Verzuge“ bestehe! Endlich sah er aber doch ein, daß er mit seiner Befugnis über das Ziel hinausgeschossen habe und kehrte der Versammlung den Rücken. Für die Lebenden konnte keine Gefahr befürchtet werden, der Herr Amtsanwalt kann sie also nur für die Toten als bestehend erachtet haben.

Kauft gute Bücher! Unter dieser Mahnung versendet in diesen Tagen der Bildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands seine Jugendschriftenverzeichnis. Zur Ergänzung des großen Verzeichnisses des vorigen Jahres, das auch in diesem Jahre wieder mit verichtet wird, hat der Bildungsausschuß ein Nachtragsverzeichnis herausgegeben, das 321 neu geprüfte und neu in das Gesamtverzeichnis aufgenommene Jugendschriften enthält. Das Gesamtverzeichnis hat damit einen Umfang von 1027 Nummern erreicht. Unter den neu aufgenommenen Schriften befinden sich auch die meisten Hefte der Sammlung „Wiesbadener Volksbücher“. Der eigentlichen Jugendschriftenpropaganda dieses Jahres gilt eine kurze Auswahl besonders wertvoller und besonders billiger Jugendbücher aus dem Gesamtverzeichnis des Bildungsausschusses. Das große Verzeichnis ist zu umfangreich geworden, als daß es sich für die Hand der Eltern, Erzieher und älterer Freunde zum Ausleihen eines passenden Geschenkbuches für die Kinder eignet. Das kleine Verzeichnis erleichtert dieses Ausleihen, weil es alle Bücher auszeichnet, die sich durch zu hohen Preis oder aus anderen Gründen nicht in erster Linie für Arbeiterfamilien eignen. Die Jugendschriftenverzeichnis versendet der Bildungsausschuß (Feinr. Schulz, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3) gern an alle Interessenten.

Gewerkschaftsbewegung.

Verweigerte Lohnzulage als politische Erziehung. In der Brauerei des Reichsrats Freiherrn v. Cramer-Klett in Hohenhausen hatten in letzter Zeit einige Brauereiarbeiter Lohnverhöhungen erhalten. Um zu erfahren, ob es nicht ein Versehen sei, daß nur einzelne der Arbeiter von der Lohnverhöhung ausgeschlossen blieben, wandte sich der Bezirksleiter der Brauereiarbeiter höflich um Auskunft an den Herrn Reichsrat. Statt seiner antwortete der Verwalter: „Unter Bezugnahme auf Ihr an Herrn Reichsrat Freiherrn v. Cramer-Klett hier gerichtetes Schreiben vom 15. cr. beehren wir uns in dessen Auftrag zu erwidern, daß Herr Reichsrat es ablehnt, mit Ihrem Verbands in Unterhandlung einzutreten. Unsere Ihrem Verbands angehörenden Brauereiarbeiter haben sich durch ihr agitatorisches Vorgehen bei den letzten Wahlen in direkten Widerspruch mit den Interessen ihres Arbeitgebers gesetzt, weshalb sich Herr Baron nicht veranlaßt sieht, ihnen noch ein besonderes Entgegenkommen zu zeigen.“

Bauarbeiterstreik in Gardelegen. In Gardelegen streifen bereits seit über 6 Wochen die Bauarbeiter. Verhandlungen, die unter dem Vorsitz des Bürgermeisters stattfanden, führten zu einem die Arbeiter nicht befriedigendem Resultat. Die Arbeitgeber sind gewohrene Organisationsfeinde. Aus dem Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe lösten sie aus, als auch sie auf Grund der allg. m. e. n. n. Vereinbarungen eine Lohnzulage gewähren sollten. Die Gardeleger Bauarbeiter erhielten nur eine Aufbesserung des Stundenlohnes um 2 Pf., während sonst überall 5 Pf. mehr gezahlt wurden. Um die restlichen 3 Pf. mindestens zum 1. April 1913 zu erhalten, stellten die Arbeiter die Arbeit ein. Die Unternehmer erklärten sich jedoch nur bereit, am 1. April 1913, 1914 und 1915 je einen Pfennig zuzuliegen. Dies „Zugeständnis“ lehnten die Arbeiter ab, sobald der Streik fortgesetzt wird. Die obenerwähnten Verhandlungen unter Leitung des Bürgermeisters fanden auf Veranlassung des Gauleiters des Bauarbeiterverbandes statt. Dessenungeachtet lehnten die Unternehmer seine Zulassung zu den Verhandlungen ab. Die scharfe Betonung des „Herrn-im-Hause“-Standpunkts wird aber früher oder später doch noch ein unruhmlisches Ende nehmen.

Der außerordentliche christliche Gewerkschaftskongreß in Eßen. Der zur Stellungnahme zur päpstlichen Enzyklika einberufene, von 250 Vertretern besuchte außerordentliche Kongreß der christlichen Gewerkschaften wurde Dienstag vormittag im großen Saale des städtischen Saalbauwerks in Eßen (Ruhr) eröffnet. Der Vorsitzende des Zentralvorstandes, Reichstagsabgeordneter Schiffer, schlug zunächst vor, in einem Telegramm an den Kaiser auszusprechen, daß die hier verammelten Vertreter von 360 000 christlich-nationalen Arbeitern das Gelöbnis unüberbrücklicher Treue erneuerten und bereit seien, für des Vaterlandes Größe und des deutschen Volkes Ehre

jederzeit einzutreten. Der Vorsitzende erklärte in seiner Begrüßungsrede, es bedürfe wohl kaum der besonderen Hervorhebung und Betonung, daß auch in der gegenwärtigen Lage für die christlichen Gewerkschaften kein Grund vorhanden sei, irgendeine Aenderung eintreten zu lassen; es bleibe bei den Dresdener Beschlüssen. In den letzten 48 Stunden habe die Streikfrage eine bedeutsame Wendung erfahren. Es handle sich nämlich um eine neue Interpretation einzelner Stellen der Enzyklika durch die Bischöfe, die in Fulda versammelt waren. Schiffer teilte weiter mit, daß er ermächtigt sei, zu erklären, daß die Reichsregierung von der Enzyklika vor ihrer Veröffentlichung keine Ahnung gehabt habe. Die Reichskanzler habe besonderen Wert darauf gelegt, daß dies heute in Eßen vor dem Kongreß erklärt werde. Den Hauptbericht erhaltete Sekretär Stegerwald. Er sagte zur Enzyklika selbst, sie verfolge den friedlichen Zweck, den nun schon seit 12 Jahren andauernden Streit im katholischen Lager über christliche Gewerkschaften und katholische Fachabteilungen zu beenden und teile eine neue Interpretation der in Fulda versammelt gewesenen Bischöfe mit, eine Interpretation, die auf Anregung des Bischofs Dr. Schulze in Paderborn zustande gekommen sei und die Bedenken gegen gewisse Stellen der Enzyklika wegräume, in denen man eine äußerliche Er-schwerung, wenn nicht Unmöglichkeit der Betätigung der christlichen Gewerkschaften erblickt habe. Stegerwald erklärte noch, daß er von dem Kardinal Kopp und dem Bischof Dr. Schulze ermächtigt worden sei, dem Kongreß mitzuteilen, daß diese neue Interpretation die Auffassung der Fuldaer Bischofskonferenz wiedergebe. Stegerwald malte in seiner Rede, die bereits als Broschüre gedruckt im Saale verteilt wurde, das rote Gespenst in den erschreckendsten Farben an die Wand und sagte dazu: „Die Sozialdemokratie wußte sich in absehbarer Zeit mit der bürgerlichen Gesellschaft auseinanderzusetzen müssen. Da dies im Rahmen des Parlamentarismus kaum möglich ist, bleibt ihr letzten Endes kein anderes Mittel übrig, als der politische Massenstreik, den sie schon 1905 in ihre Kampfmittel aufgenommen hat. Solange in Deutschland eine starke christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung vorhanden ist, sind diese Pläne der Sozialdemokratie nicht realisierbar.“ Die Rede endete mit einer scharfen Verteilung der Berliner Richtung und einer großen nationalen Paufe unter dem frenetischen Beifall der anwesenden Zuhörer. Im Sinne dieses Referats bewegten sich auch die Erklärungen aller nachfolgenden Redner, deren Liste schon gleich nach dem Referat bekannt gegeben wurde. Den Reigen der sogenannten Diskussion eröffnete der bekannte Sekretär Vogelgang vom christlichen Gewerksverein der Bergarbeiter, es folgten dann ein Vertreter der Textilarbeiter, der Krankenpfleger, der Eisenbahner, der Holzarbeiter, J. Behm-Berlin als Vertreterin der Heimarbeiterinnen, ein Vertreter des Gutenbergbundes, der Maler, der Verkehrs- und Fabrikarbeiter und ein Vertreter der Leberarbeiter. — Johann Giesberts richtete dann noch einen Appell an die Tränenröhren, indem er die christlichen Gewerkschaften als Stütze religiöser Treue und nationaler Gesinnung empfahl. Mit einem Schlußwort des Vorsitzenden Franz Behrens-Eßen wurde der Kongreß nach vierstündiger Dauer geschlossen, und alle Beteiligten freuten sich, daß die so gut verlaufene M.-Gladbacher Kraftprobe gegen Rom so buchstabenmäßig ergab nach dem vorher von M.-Gladbach durchgesehenen Programm verlaufen war. Die Resolution, aus der wir folgenden Auszug wiedergeben, legt erneut fest, daß die christlichen Gewerkschaften auf der Grundlage der Dresdener Beschlüsse verharren. Dann heißt es wörtlich: Die in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter haben auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Selbsthilfe denselben Weg eingeschlagen, den vor ihnen alle anderen Erwerbskategorien gegangen sind. Sie behaupten die gleiche Selbstständigkeit, wie Hunderte einflussreicher und mächtiger Unternehmerorganisationen, wie Tausende gewerblicher und häuerlicher Genossenschaften, Bauernvereine, Innungen, Detaillistenverbände, Vereinigungen der Ärzte, Juristen, Beamten usw. Erneut betonen wir, die christlichen Gewerkschaften, die mit dem wirtschaftlichen und nationalen Leben Deutschlands aufs engste verknüpft, sind die einzige deutsche Gewerkschaftsorganisation, die sich neben der sozialdemokratischen Bewegung entscheidende Bedeutung verschafft hat. Sie sind nach deutschen Verhältnissen eine soziale, wirtschaftliche und nationale Notwendigkeit. Staat und Volksgemeinschaft haben ein Lebensinteresse daran, daß nicht die antinationale christenfeindliche Sozialdemokratie die allein herrschende Monopolstellung in den deutschen Gewerkschaften erreiche. In Charakter, Organisationsform und künftiger Wirksamkeit der christlichen Gewerkschaften wird an allen diesen Erwägungen nichts geändert. Wir arbeiten weiter wie bisher.

Boykott über die Fabrikate der Eßlischen Tabakmanufaktur in Stralburg i. E. Der Firma ist es gelungen, die Plätze der Streikenden zu besetzen, und somit mußte der Streik als aussichtslos beendet werden. Keiner der Streikenden wurde eingestellt. Der Direktor erklärte, solange er der Leiter des Betriebes sei, kommt keine Arbeiterin, die gestreikt hat, mehr hinein. Infolgedessen hat das Gewerkschafts-kartell Stralburg i. E. in seiner Sitzung vom 20. November beschlossen, daß der Boykott über die Rauchwaren der Eßlischen Tabakmanufaktur nach wie vor fortzuwähren. Der größte Teil des Stralburger Unternehmens hat sich mit der Eßlischen Tabakmanufaktur solidarisch erklärt und keine ausgesperrten Tabakarbeiterinnen eingestellt. Die Arbeiter werden gebeten, keine Zigaretten, Bordinos, Zigarillos und keinen Tabak, welche als Zeichen eine schwarze Hand tragen, zu rauchen. Kauff vor allem keine Zigaretten Marke: Rothhändel, Elegantes, Algeriennes, Francaise, Maryland, Bogesha, Helvetia, Perle der Schweiz, Volkszigaretten, Harris, Goldhand, Löwenzigaretten und Tartelet. Kauff auch keine Zigaretten der Firma Karl Graf aus Bingen. Diese Firma ist durch Aktien der Eßlischen Tabakmanufaktur angegliedert.

Kommunales.

Kommunalwahlen. Bei den nunmehr beendeten Stadtverordnetenwahlen in Magdeburg sind der Sozialdemokratie fünf neue Mandate zugefallen. Es waren im ganzen 34 Mandate zu besetzen, 12 für die dritte, 12 für die zweite und 10 für die erste Abteilung. Drei Mandate der dritten Abteilung waren bisher im Besitze der Sozialdemokratie, die auch von ihr unter Steigerung der Stimmenzahl behauptet wurden. Zum ersten Male nahmen auch die Wähler der am 1. April 1910 eingemeindeten Vororte an den Wahlen teil. Es gelang der Partei, in diesen Vororten alle drei Mandate der dritten Abteilung zu erobern und weitere zwei Mandate der zweiten Abteilung zu erobern. Die sozialdemokratische Fraktion im Magdeburger Parlament zählte bisher acht Mitglieder; durch den Mandatsgewinn ist diese Zahl nunmehr auf dreizehn gestiegen. Die restlichen sechs Mandate der dritten Abteilung sind im Besitze der bürgerlichen Parteien geblieben; es handelt sich hier um die dritte Abteilung der Altstadt, in der das Beamtenelement überwiegt und daher ein Sieg der Sozialdemokratie außerordentlich schwierig ist. Die Mandate der dritten Abteilung in sämtlichen Vororten sind ausnahmslos in sozialdemokratischem Besitze. — Bei den Stadtverordnetenwahlen in Langgerunde gingen uns leider infolge einer fieberhaften und strupelhaften reichsverbündlichen Agitation der Geg-

ner vier Mandate verloren. — In Kroppenstedt wurde zum ersten Male ein Sozialdemokrat in die Stadtverordnetenversammlung gewählt.

Aus Nah und Fern.

Massendefertationen. Aus Kriegszugang flüchten zahlreiche wehrpflichtige Russen über die Grenze. Vielen fehlen die nötigen Mittel zur Weiterreise, so daß die Russen scharenweise in den ostpreussischen Grenzorten festliegen.

Was war die Ursache? Im Kinderhort der H. Gemeindefchule in Berlin wurden fünf Mädchen im Alter von 10 bis 12 Jahren während des Kaffeetrinkens plötzlich benußlos, offenbar infolge des Einatmens nicht genügend verbrannten Kohlgases. Ein Kind, das ebenso wie die anderen sogleich mit Sauerstoffapparaten behandelt wurde, mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Die übrigen wurden in ihre Wohnung übergeführt. Eine direkte Lebensgefahr besteht bei keinem der Mädchen.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Auf der Zeche Glück-auf-Regen in Berghofermark riß das Seil eines Förderkorbes in einem Bremswerke. Vier Bergleute wurden schwer verletzt. Einer ist bereits seinen Verletzungen erlegen. Die Leute haben angeblich einen verbotenen Weg benützt.

Verbrechen oder Unfall? In der Gemeinde Wiesenhal bei Gablonz wurden der Gastwirt Geißler, seine Frau, seine drei Kinder und ein zu Besuch weilender Knabe tot aufgefunden. Sie sind einer Gasvergiftung erlegen. Es steht noch nicht fest, ob es sich um ein Verbrechen oder um einen unglücklichen Zufall handelt.

Ein Kulturbild. Von dem Leben und Treiben in Donau-essingen (Baden) anläßlich der Hochzeit im Schlosse des Fürstenbergers werden in der bürgerlichen Presse während dieser Woche zauberhafte Bilder des Luxus und der verschwenderischen Pracht entworfen. Es kommt durch diese Heirat ein unermesslicher Reichtum zusammen. Das Volk, das dem Hause Fürstenberg so manches Stück Privateigentum

an Wald und Feld hat hingeben müssen, durfte prozessionsartig in das Schloß ziehen, um die dort ausgestellte Brautausstattung anzustarren. Die Lawenheit des deutschen Kaisers und anderer Fürstlichkeiten erforderte einen kolossalen Geldaufwand. — Gleichzeitig veröffentlicht dieselbe bürgerliche Presse den Jahresbericht über die Heil- und Pflegeanstalt für Epileptische, die seit 20 Jahren in Rork (Baden) ihrer Tätigkeit zum Wohle der Hilfsbedürftigen obliegt. Obgleich zumeist unbemittelte Leute in der Anstalt sind, deren Verpflegung also nicht so hoch bemessen ist, mußte die Anstalt Schulden machen, die nicht durch die Staats- und Kreisbeiträge vermindert werden können. 400 000 Mark ist die Schuldenhöhe und es sind 140 000 Mk. nötig für ein besonderes Pflegehaus, das die geistig frischen Kranken von den verbildeten trennen könnte. Dafür ist aber kein Geld vorhanden!

Weibliche Eisenbahnräuber. Als die Urheber des großen Eisenbahnraubes bei der Station Jekaterinosska wurden zwei Frauen festgestellt, die in Männerkleidern mit schwarzen Masken den Überfall verübt hatten. Bei dem Raube sind zwei Schaffner niedergeschossen worden.

Doppelselbstmord eines Ehepaares vor den Augen seines Kindes. Aus Karlsruhe wird gemeldet: Als der Postsekretär Mack in Vörrach nicht zum Dienst kam, schickte man in seine Wohnung. Dort bot sich den Beamten ein erschütterndes Bild. Mack und seine Frau lagen tot im Bette, und zwischen ihnen lag weinend deren zweijähriges Töchterchen, das sich fest an die tote Mutter anklammerte, als die Beamten es mit sich nehmen wollten. Was die beiden Eheleute in den Tod getrieben hat, konnte noch nicht festgestellt werden.

Überfall auf einen Wachtposten in Graz. Die Wiener Neue Freie Presse meldet aus Graz: Am Dienstag abend wurden auf einen der Wachtposten der Pulvertürme bei Graz von Vermummten zwei Schüsse abgegeben. Der Posten feuerte sofort mehrmals. Auch die Wachtposten anderer Pulvertürme feuerten. Bisher ist es nicht gelungen, des Täters habhaft zu werden. Der Posten gibt an: Mehrere verdächtige Gestalten kamen auf ihn zu und verschwanden

sofort nach den Schüssen in der Dunkelheit. In Graz erregte der Vorfall großes Aufsehen.

Literarisches.

H. Semberger: Illustrierte Geschichte des Balkankrieges 1912. Mit vielen Illustrationen, Porträts, zahlreichen Karten und Plänen. Das Werk erscheint in circa 40 Hefen, jedes mit 4 Bogen Inhalt, Großformat, zu 50 Pfg. (W. Hartlebens Verlag in Wien und Leipzig.) Die reifste Umwälzung, die sich auf der Balkanhalbinsel vollzogen hat, der vollständige Zusammenbruch eines uralten Reiches innerhalb weniger Wochen, hat in Europa ein Interesse erweckt, wie es stärker und nachhaltiger kaum zu denken ist. Unter diesen Umständen muß eine zusammenfassende Geschichte dieser bedeutsamen, weltgeschichtlichen Ereignisse der höchsten Beachtung der Allgemeinheit begegnen; sie kommt dem unbestreitbaren Bedürfnis entgegen, die Vorgänge und die Zusammenhänge klar zu überschauen. In dem Wust ungenauer, sich widersprechender Meldungen des Tages sich zurechtzufinden, war ja kaum möglich. Die „Illustrierte Geschichte des Balkankrieges 1912“, deren erstes Heft nun vorliegt, befriedigt dieses Bedürfnis nach Klarheit in höchstem Maße. Am den gegenwärtigen Krieg in seinen Ursachen zu verstehen, war es nötig, die Geschichte der Balkanhalbinsel zu entrollen. Das geschieht in klarer, anschaulicher Weise. Man versteht aus dieser Geschichte heraus, daß der Krieg kommen mußte. Das erste Heft läßt bereits erkennen, daß hier auf breiter Grundlage ein Niefenstoff in erster und seiner Bedeutung würdiger Form erschöpfend behandelt wird. Die „Illustrierte Geschichte des Balkankrieges 1912“ verspricht, ein historisches Kolossalgemälde zu werden, das nicht nur einem Tagesinteresse entgegenkommt, sondern auch über die Gegenwart hinaus seinen Wert behält. Die Ausstattung, der Bildschmuck sind erstklassig. Man darf jedenfalls den weiteren Lieferungen mit großem Interesse entgegensehen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwach. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Gustav Jäde, Lübeck Holstenstraße 1 Fernspr. 761
Herren- u. Knabengarderoben — Spezialität: Berufskleidung. Großes Lager in Damen- u. Kinderkonfektion, Kleiderstoffen, Leinen- und Baumwollwaren, Bettfedern und Daunen, Teppiche, Gardinen, Möbelstoffe, Tischdecken, Läuferstoffe, Bürkin, Schlaf-u. Reisebetten, Normal-Unterzeuge, Damen- u. Herrenwäsche, Regen-, Sonnenschirme, Unterröcke, Schürzen, Korsetts, Strümpfe, Handschuhe, Schlipse etc.
ussteuer-Artikel.

Praktischer Wegweiser
Erscheint einmal wöchentlich • Geschäfte • Zur Beachtung empfohlen

Kenner bevorzugen das gute Lübecker Bürgerbräu
Aktienbierbrauerei Lübeck

Alumin.-Geschirr
Billigste Bezugsquelle für Öfen, Herde, Gaskocher, Grudeöfen
Adolf Borgfeldt
Fernruf 672 Mühlenstr. 36-40

Brot-Fabrik
Lübecker Central-Brotfabrik
Rich. Spangenberg
Lindenstr. 20-22. Fernruf 256
„Juwelbrot“
wahrhaftigstes Kraft- u. Nährbrot
Backwaren jeglicher Art.

Kaufhaus Siegfried Ittmann
Breite Str. 33, 1. Etage
Einzel-Möbel sowie kompl. Wohng.-Einrichtg. Herren-, Damen- u. Kinder-Konfektion Arbeiter-Garderob. Manufaktur-Waren Wäsche, Teppiche, Kinderwagen etc.
Auf Teilzahlung
in kleinen wöchentlichen oder monatlichen Raten.

Möbelmagazin
Herm. Rist Hundestr. 13.
billigste Bezugsquelle Eig. Tischler- u. Tapezierwerkst.

Eutin
Deutsches Haus
Klosterstr. 7
hält sich Vorleser u. Touristen bestens empfohlen.
Paul Schröder.

Arbeiter-Artik. Manufakturw.
Otto Aibers
Markt 4 Kohlmarkt 10
Viel benutzte Bezugsquelle für Manufakturwaren und Garderoben aller Art

Pflanzen-Butter
Delikater-Eigelb-Pflanzenbutter
Edel Margarine
„Heimchen“
das Pfund 80 Pfg.
Otto H. C. Voigt
Johannisstraße 22

Garten-Sämereien
Friedrich Michael
Breitestraße 49

Lederwaren u. Reiseartikel
J. H. Busson
Sattler, Sandstr. 8
Portemonnaies Lederwaren Brieftaschen Ränzel Schultaschen Rucksäcke
Reit- und Fahr-Artikel

Musikinstrum.
Meyer & Eggert
Königstraße 116.

Ludw. Grandt
Tischlerei und Möbelmagazin
Schuhwarenhaus R. Bendt
beste Bezugsquelle in Arbeiterschuh- u. auch bes. Schuhw.

Arbeiter- und Berufskleidg.
J. H. Peim
am Markt Herren- und Knaben-Garderobe, Berufskleidung, Hüte und Hüte.

Cigarrenhdlg.
Elisabeth Sühr
Untertrave 20. Cigarren, Cigaretten, Pfeifen.
H. Möder Holstenstraße 42

Herrenartikel
Heinrich Waller Breite Str. 69.
Spez.-Geschäft in Handschuhen u. Krawatten, Herren-Wäsche.

Mineralwasser u. Spirituosen
J. C. Wessel
Gr. Gröpelgrube 21-23 Tel. 750.

Öfen und Herde
F. STEEN
Wahnstraße 53
Irdenes Gebrauchsgeschirr

Mölin
Otto Greve
Gastwirtschaft und Destillation.
Wilh. Lübcke
Restaurant Lübecker Hof Klub- und Balllokal. Kegelbahn.

Bäckereien
Nicolaus Groß Pöhl-Grüßbäckerei Alster 32.
P. Johannes Konditorei Pöhlgraben 31

Eisenwaren u. Werkzeuge
G. Kagel & Co.
Sa adstr. 18 Tel. 387

Ernst Wehde
Beckergrube 33 Hüte, Mützen.

Willh. Kreuzfeldt
Lederhandlung, sämtl. Schuhmacherartikel Fischergrube 23
E. Teuteberg Untertrave 60. Sohlen- u. Ausschnitt-Schuhmacher

Photographien
Samson & Co.
Breitestraße 39.
Erstes Atelier mit billigen Preisen - Amateur Bedarfsartikel.

Rud. Hübener Uhren u. Goldwar.
Ludw. Kuhn Herr- u. Damenh. Mützen, Pelzwar.
Chr. Voss & Sohn Schuhwaren u. Repar.-Wkst.

Brauereien
Trinkt
Adler-Biere

Fleisch- und Wurstwaren
Ch. Hamann
Schlachterei Markt 7 Kohlmarkt 4
Telephon 8923

Kolonialwaren u. Kaffeeröst.
Fritz Kruse
Inhaber: Paul W. Pöttinger Schüsselbadener 32
Kaffee's
sämtlicher Preislagen von Mark 1.50 an

Kinotheater
Metropol-Theater
Nur Besetzung, beim Rathaus Täglich ununterbrochen Vorstellung von 4-11 Uhr. Jeden Sonnabend u. Mittwoch neues Programm.
Sitzung beginnt um 8-4 Uhr Vorverkauf.

Tapeten
Fritz Rehm
Beckergrube 20.

Schlutup
Otto Liebenow
Uhren, Goldwaren, Musikwerke. Eigene Reparaturwerkstätte.

h. Lück
Brauerei zur Walkmühle
Trinkt
Lübecker Vereins-Bräu

Gesundheits-Brot
Verlangt
Simonsbrot
Vollkornbrot aus reinen Roggen. Kapselbrot mit Leinöl. - ärztlich empfohlen. - Erhältlich in 56 Niederlagen.

Lichtspiele
Königs Lichtspiel-Theater
Breitestr. 13 neben Hans-Café
Größtes, am besten ventilirtes u. der Neuzeit entsprechendes Lichtspiel-Etablissement.

Verlangen Sie Bunteküh-Kümmel
Dr. Mickel Spezialfabrik alkoholfreier Getränke. Tel. 1072.

Treibriemen u. Sattlerwaren
H. Köpcke & Roggers
Lager v. Fahr- u. Reitgeschirr Reise-Utensilien, Schulmapp. Taschen, Portemonnaies etc.
Hüxstraße 29.

W. Richter
Uhren u. Goldwaren
nebst eigener Reparaturwerkstatt
Gastholz-Post H. Vetter Empfehlensw. Lokal.
Hugo Krogmann Photographisches Atelier
Ad. Saborowski Verkehrslokal d. Gewerkschaft.

Trinkt
Kieler Schloßbräu
Verteiler für Lübeck und Umgegend:
Fr. Kropf, Brauerei Gschbar
Glockengasse 67.

Glas, Porzellan
ARNOLD BERG
Breitestraße 35.

Theater
Besucht das
Variété International
Untertrave 61

Meierei
HANSA-MEIEREI
Lübeck's Ammel
Milch- u. Milchprodukte in anerkannt bester Qualität

Thüringer Wurstfabrik
Ihre Fabrikate empfiehlt angelegentlichst die
Thüringer Wurst- und Fleisch-Konserven-Fabrik
August Scheere, Lübeck
Beim Retteck 14
Auf sämtl. Waren 4% Rabatt

Schwartau
Herm. G. Schmidt
Markt 18
Uhren, Goldwaren u. Reparaturen.
Adler-Druggerie Inh. Hans Grampy
Farben, Lacke, Kräftigungsmittel.
Alb. Glend Schlachtereier
ft. Fleisch- u. Wurstwar
A. Klünder Schuhwarenhaus
Markt 17.

L. Behnfeldt, Uhrm.
Uhren-Rep.-Werkstatt.
Paffenstraße 4.

A. Matern
Schweizer Uhren-Rep.-Werkst.
Beekegr. 43 v. v. Kalaher's Variété

Uhren- und Goldwaren
L. Behnfeldt, Uhrm.
Uhren-Rep.-Werkstatt.
Paffenstraße 4.

A. Matern
Schweizer Uhren-Rep.-Werkst.
Beekegr. 43 v. v. Kalaher's Variété

Rob. Pinkert Verkehrslokal der
drei Gewerkschaft.
L. Schaap Manufakturwaren
Arbeitergarderobe.